

Die Volkswacht erscheint wöchentlich einmal am Sonnabend. Bezugspreis monatlich 35 Pf., vierteljährlich 1,00 Mk., einschließlich Trägerlohn. In den Abholstellen monatlich 30 Pf. Durch die Post bezogen vierteljährlich 1,02 Mk. einschließlich Bestellgeld. Einzelnummer 10 Pf.

# Volkswacht

Anzeigenpreise: Die gespaltene Beilagenzeile 25 Wk. für auswärts 30 Wk., die gespaltene Reklamezeile 50 Wk. Anzeigensmarkt und Wohnungsanzeigen 10 Wk. Anzeigen mit Platzbestimmung werden besonders berechnet. Bei Wiederholung Rabatt laut Tarif.

## Organ für die werktätige Bevölkerung der Provinz Westpreußen

Redaktion und Expedition  
Paradiesgasse Nr. 32

Publications-Organ der Freien Gewerkschaften

Telephon für Redaktion  
und Expedition 3290

Nr. 6

Danzig, Sonnabend den 10. Februar 1917

8. Jahrgang

### Der Seekrieg

Der Seekrieg bewegt sich in einer fortwährenden Steigerung seines Umfanges und der Schärfe der Mittel, die er anwendet. Mit der Verhängung der englischen Blockade — so schreibt die Wiener Arbeiterzeitung — über neutrale Länder, mit der Erklärung der Mittelmächte, die den schrankenlosen U-Bootkrieg eröffnet, ist die vorläufig äußerste Grenze erreicht. Wie viele Maßregeln und Gegenmaßnahmen in Angriff und Abwehr auch getroffen wurden, bis es hierzu kam: der Ausgangspunkt der ganzen Entwicklung ist noch heute klar und deutlich zu erkennen. Es ist dies der Gedanke, mit dem England zur See in den Krieg trat: die eigene Flotte im Angriff auf die wohlbewehrte deutsche Nordseeküste nicht zu gefährden, sondern den Krieg in die Form einer Blockade der Nordsee, der sogenannten Verriegelung der Nordsee, zu kleiden und an die Stelle des Kampfes der Waffen die Ueberwältigung durch den Hunger zu setzen. Dieser Plan, der das eigene Risiko, jede Art von Wagnis und Verlust ausschließen sollte und den Vorfatz in sich schloß, 67 Millionen, und rechnet man ganz Mitteleuropa, 120 Millionen Menschen in die Lage einer belagerten Stadt zu versetzen, ging allerdings von Schätzungen und Voraussetzungen aus, die der Verlauf des Krieges Punkt für Punkt widerlegt hat. Wie die meisten und sogar die volkswirtschaftlich gelehrtesten Fachmänner in dem bedrohten Mitteleuropa selbst, so rechneten vor allem die Engländer damit, daß Deutschland, da es als Industrieland auf die Einfuhr von Lebensmitteln und Rohstoffen angewiesen war, eine Absperrung von allen seinen Zufuhrländern und eine Abschneuerung seiner Ausfuhr nicht länger als einige Monate würde ertragen können. Dann mußte es entweder wehrlos zusammenbrechen oder zu einer letzten Verzweiflungstat greifen.

Wie oft hat die englische Marine- und Kriegsliteratur, wie oft haben Redner in Vereinen englischer Ingenieure und Marinefachleute vor dem Kriege diesen Verzweiflungsvorstoß der deutschen Flotte zum voraus geschildert! Da wollte die doppelte oder dreifache stärkere englische Seemacht, gestützt auf ihre Küste und alle Hilfsmittel ihrer Häfen, abwarten, wenn die deutschen Schiffe zur Todesfahrt hervorkämen, um in einem letzten hoffnungslosen Anprall die Hungerkette zu zerreißen oder für die hungernden Volksgenossen zugrunde zu gehen. Bei einem solchen Verzweiflungsangriff der deutschen Flotte lagen alle Bürgschaften des Sieges in den Händen Englands. Der Erfolg, der volle, uneingeschränkte Erfolg, die gänzliche Vernichtung der gehafteten feindlichen Flotte war in solchem Falle nahezu gewährleistet. Und was die Erwartung und die Hoffnung den Engländern, und zwar nicht nur dem Manne auf der Straße, sondern dem größten Teile der Fachleute selbst ausmalte, das zeigte die Besorgnis vielen Deutschen, die als Soldaten oder als Seeleute die Aussichten eines künftigen Krieges gegen England erwogen. Der strategische Gedanke der Engländer also war: Die Hungerblockade von wenigen Monaten, vielleicht gar nur Wochen, dann Unterwerfung, möglicherweise nach vorangegangenen Aufständen und Revolutionen in Deutschland selbst oder ein Endkampf zur See mit sicherem Ausgang. Die wirtschaftliche Widerstandskraft des deutschen Volkes jedoch hat durch diese Rechnung einen dicken Strich gemacht. Keine Hungersnot, keine Hungerrevolten und auch keine Verzweiflungsausfahrt sich opfernder Geschwader. Dafür aber ein deutscher Kreuzerkrieg, im Indischen, im Großen und im Atlantischen Ozean unter Bedingungen, die vor dem Kriege jede Theorie für ausschließend erklärt hatte, und mit verblüffend großen Erfolgen. Dafür eine wachsende Tätigkeit der deutschen Unterseeboote, dafür die in einzelnen Kämpfen, mochten sie sich nun an der Westküste Südamerikas oder an der Doggerbank in der Nordsee abspielen, überall sich kundende Ebenbürtigkeit, wenn nicht Ueberlegenheit der deutschen Schiffe, Geschütze und ihrer Mannschaften.

Nun wäre es freilich an der großen englischen Flotte gewesen, die andere Form des Krieges zu wählen, den Angriff. Auch für diese Kampfmethodik hatte man vor dem Kriege eine verblüffend einfache Formel aufgestellt. Sie war eingeschlossen in der Drohung, die Deutschen würden, wenn der Krieg begönne, ehe sie noch recht wüßten, daß es Krieg sei, ihre Flotte am Boden der Nordsee wiederfinden. All in dieser Wahn einer spielend betätigten Ueberlegenheit war gegenüber den Leistungen der deutschen Schiffe nicht mehr aufrecht zu erhalten. Hatte man sich bei Anfang des Krieges für die behutsame Form des Kampfes entschieden, so sprachen jetzt alle Gründe noch lauter und lebhafter für diese Kampfart. Doch sollte das Ziel, das mit der Verriegelung der Nordsee gesetzt war, erreicht werden, so mußten alle Wirkungen der Blockade mit voller Wucht den Gegner treffen. Und nun begann England Schritt für Schritt die Aushungerungsmaßnahmen zu vervollständigen und auszuspielen. Nun kam die Erklärung der

Nordsee als Kriegsgebiet. Nun kamen die Quäereien und Beschränkungen der Neutralen, die über ganz Europa und seine Gewässer sich erstreckende Kontrolle des Seeverkehrs, die schließlich die meisten der neutralen Staaten nötigte, sich gern oder ungern in den Dienst des britischen Aushungerungskrieges zu stellen. Und auf deutscher Seite antwortete Schritt für Schritt, nur gehemmt durch die Rücksicht auf Amerika, die Verschärfung des U-Boot-Krieges.

Aber eine noch wichtigere Wendung der Dinge erwuchs aus dem ursprünglich gewählten und streng festgehaltenen strategischen Gedanken des englischen Seekrieges. Da die Verriegelung der Nordsee Deutschland nicht auf die Knie zwang, da aber auch zu Lande weder die französische Armee noch die ungeheuren Massen, die das Zarenreich in Bewegung zu setzen hatte, ja nicht einmal der Beitritt Italiens zu dem von England geführten Bunde die kriegerische Kraft der Mittelmächte zu brechen vermochte, so taten die Briten, was das Karthago Hannibals einst getan! Die Seemacht verwandelte sich mit einem erstaunlichen Aufstrahlen aller Volkskräfte in eine gewaltige Landmacht. Alle Ueberlieferungen der britischen Geschichte, die darauf hinwiesen, britische Kriege wohl mit eigenen Schiffen, aber mit fremden Heeren zu führen, beiseite schiebend, zogen die bisher so unkriegerischen Söhne Englands zu Hunderten Tausenden, zuletzt zu Millionen über den Kanal, um in Nordfrankreich auf festem Lande mit Geschützen und Minenwerfern die Entscheidung im Kampfe zu erlangen, die von der verriegelten Flotte nun schon zwei Jahre vergeblich erwartet worden war.

Ein ungeheuerlicher Gedanke lag im englischen Sinne dem Krieg zugrunde: zwei Staaten von insgesamt mehr als hundert Millionen Menschen in die Hungersnot einer ungelagerten Stadt zu versetzen. Dieser phantastisch grausame Gedanke, mit englischer Zähigkeit festgehalten und, soweit es eben ging, in die Tat umgesetzt, hat diesem Kriege, fortwirkend seine Wirkungen steigend, eine grausame Rücksichtslosigkeit verliehen, die ihn schrecklich heraushebt aus der Reihe der vorangehenden Waffengänge der Völker. Mit unerbittlicher Folgerichtigkeit mündet er nun in Maßnahmen, die keine andere Rücksicht kennen als das Gebot, was es auch koste, das eigene Leben zu wahren. Denn auf einen Krieg der Vernichtung war durch die englische Seekriegsstrategie der Weltkrieg von vornherein zugeschnitten. In Mitteln und Methoden der Vernichtung lebt er sich immer deutlicher, immer unüberhüllter aus.

### Kriegsnachrichten

#### Die letzten Januar-Kämpfe

beurteilt der Artillerie-Oberst a. D. R. G ä d k e so: Der größte und bedeutungsvollste Kampf fand westlich der Maas, im Norden der Festung Verdun statt, auf dem blutgetränkten Schlachtfelde des vergangenen Frühjahrs und Sommers. Wir entsinnen uns, daß die Franzosen auf dem Ostufer durch ihre Angriffe vom 29. Oktober und 15. Dezember uns einen Teil der von uns eroberten Linien wieder entrisen hatten. Dagegen hatten wir auf dem Westufer bereits am 6. Dezember weitere Fortschritte gemacht, indem wir die heiß umstrittene Kuppe 304, westlich des „Toten Mannes“, durch raschen Angriff in unsere Hand gebracht und gegen französische Eroberungsversuche gehalten hatten. Immer aber ragte auf dem Westhange der Höhe ein sadartiger Vorsprung der feindlichen Linie noch in unsere Stellung hinein. Dieser wurde ihnen nun durch einen starken Sturm westfälischer und eines badischen Regiments am 25. Januar in seiner vollen Breite von 1600 Metern entrisen. Zwei Nebenangriffe rechts und links unterstützten die Unternehmung, die uns außerdem 500 Gefangene und zehn Maschinengewehre eintrug. Der taktische Erfolg, der uns dem Kerne der Festung und ihren rückwärtigen Verbindungen näher brachte, ist sehr schätzenswert. Höher aber steht noch sein moralischer Wert, der dem Gegner ebenso wie die Kämpfe im Osten an der Aa wieder einmal die Lehre einprägt, daß unsere Truppen nach wie vor angriffsfreudig sind, und daß unsere Führung jede Gelegenheit ausnützt, die unter den augenblicklichen Verhältnissen zum Angriff auffordert. Die Gegenstürme der Franzosen in der Nacht zum 26., am darauffolgenden Tage und dann wieder am 28. Januar sind trotz des Schneids, mit dem sie angelegt wurden, völlig vergeblich gewesen — sie haben ihnen nur schwere Verluste gebracht.

#### Der Krieg an den Fronten.

Aus Berlin wird gemeldet: Wenn von den verschiedenen Kriegshauptplätzen in den letzten Tagen gemeldet wurde: „Keine Ereignisse von Bedeutung“, so hatte indessen doch nirgends der Kampf auch nur eine Sekunde gestockt. Auf der gesamten 2000 Kilometer langen Front in Belgien, Frankreich, Rußland, Rumänien und Mazedonien stehen in Gräben-

labyrinth die Truppen zu jeder Stunde des Tages und in der Nacht am Gewehr, stets bereit, jeden Versuch des belagerten Feindes, den Gürtel der Belagerer zu sprengen, zurückzuweisen. Beobachter der Artillerie und Mienenwerfer stehen Tag und Nacht auf ihrem Posten. Die Batterien, verborgen in Wäldern, in Schnee und Eis, sind jede Minute feuerbereit. An Hunderten von Abschnitten kommt es zu Artilleriekämpfen, Feuerüberfällen und heftigen Kanonaden, die Fähigkeit und Pflichttreue verlangen und blutige Opfer fordern. In der Nacht schieben sich Patrouillen vor die Drahtverhaue, lauern Horchposten in den Sappenköpfen und Granatrichtern und vollbringen stille Heldentaten, die niemand kennt. Täglich werden mit Mähen und mit Gefahren unzählige kleinere und größere Erkundungen unternommen, die bis in die feindlichen Stellungen führen. Pioniere bauen und mühen in Schächten und horchen aufmerksam auf jedes Geräusch unter der Erde. In tausend Fernsprechunterständen herrscht angespannte und feberhafte Tätigkeit zur Entgegennahme und Weitergabe von Meldungen. Bei Tag und Nacht sind Scharen von Drahtfledern unterwegs, um gestörte und zerschossene Leitungen wiederherzustellen. Mit dem anbrechenden Tage — wenn das Wetter es irgend zuläßt — erheben die Fliegergeschwader auf den langen Fronten sich in die Luft zu den täglichen Aufklärungen und Kämpfen mit dem Feinde. Tag und Nacht sind solche Kolonnen unterwegs, in Schnee und Eis und im Feuer feindlicher Granaten, um Munition, Nahrung und Post zu den Feuerstellen zu schaffen und Kranke und Verwundete zurückzuschaffen. In vielen Tausenden von Verbandplätzen, in Feld- und Kriegslazaretten arbeitet ununterbrochen ein Heer von Ärzten und Pflegern und Pflegerinnen. Die Feldbäckereien und Feldschlachtereien sind dauernd in feberhafter Tätigkeit. Millionen von Männern stehen unausgesetzt bei Tag und Nacht im Kampfe und in der Arbeit, in freudiger Hingebung und unerschütterlicher Entschlossenheit, besetzt von dem festen Vertrauen auf den Endsieg.

#### Russische Herrschaft in Rumänien.

Wie das B. L. B. berichtet, ergaben die Aussagen von Landeseinwohnern ein erschreckendes Bild russischer Despotenherrschaft in Rumänien. Die Einwohner von Jocsani waren durch die Drangsalierungen ihrer sogenannten Retter völlig verängstigt und hielten sich in den Häusern versteckt. Erst jetzt wagen sie sich wieder auf die Straße. Obgleich die russische Soldateska die Läden plünderte, waren sie gezwungen, die Geschäfte offen zu halten. Zuwiderhandelnde wurden unnachlässig mit 25 Knutenhieben bestraft. Ein Polizei-Kommissar in Jocsani sagt aus, daß er allein zweimal mit eigenen Augen gesehen habe, wie die Russen diese Strafe an friedlichen angelegenen Bürgern auf offener Straße vollzogen. Auf dem Polizeikommissariat und der Präfektur fanden sich gegen 500 schriftliche Beschwerden von Einwohnern über Brandstiftung, Plünderung und böswillige Zerstörung durch die Russen. Die Gesamtzahl der von den Russen verübten Schädigungen der Einwohner wird auf 2000 Fälle geschätzt. Ebenso häufig sind Klagen über Vergewaltigungen von Frauen und Mädchen, die zum Teil sogar durch Einbruch verübt wurden.

### Politische Rundschau

#### Bruch mit Amerika

Der verschärfte U-Bootkrieg hat die erste Verwicklung mit Amerika gebracht. Präsident Wilson hat die diplomatischen Beziehungen Amerikas mit Deutschland abgebrochen. Gleichzeitig hat der Kongress die Aufnahme einer Kriegsanleihe genehmigt. Nun bedeutet der Abbruch der diplomatischen Beziehungen noch nicht den Krieg, aber es ist der erste Schritt dazu. Die Gegner des verschärfen U-Bootkrieges waren gegen diesen hauptsächlich deshalb, um einen kriegerischen Konflikt mit Amerika zu vermeiden. Der Eintritt eines neuen Staates in den Krieg bedeutet dessen Verlängerung, die kriegführenden Staaten sehnen sich aber nach Frieden. Noch ist das Auserkente nicht geschehen, noch kann ein Krieg mit Amerika vermieden werden, und wir hoffen, daß unsere Staatsmänner alles aufbieten, um einen neuen großen Krieg zu vermeiden. Kommt es mit Amerika zum Kriege, so kürzt der verschärfte U-Bootkrieg den Krieg nicht ab, sondern umgekehrt verlängert er ihn. Dann wird Amerika nicht nur Munition, sondern wohl auch Heeresmassen nach Europa liefern. Amerika hat etwa 100 Millionen Einwohner; was es heißt, ein solches Volk zum Feinde zu haben, das brauchen wir nicht besonders darzulegen. Noch ist aber das letzte Wort nicht gesprochen. Amerika wird voraussichtlich erst dann zur Kriegserklärung schreiten, wenn Amerikaner ums Leben gekommen sind. Nur der äußersten Klugheit der Staatsmänner wird es gelingen, den Krieg zwischen Deutschland und Amerika, der wohl auf beiden Seiten nicht gern gesehen wird, zu vermeiden.

**Wissen über den Abbruch der diplomatischen Beziehungen**

Zus Washington meldet Reuters: Wilson erklärte in einer Besprechung an der Konferenz der Amerikaner, dass er die diplomatischen Beziehungen zu Deutschland abbrechen wird, falls die amerikanische Note an Deutschland am 1. April nicht beantwortet wird. Wilson erklärte, dass die amerikanische Note an Deutschland am 1. April nicht beantwortet wird. Wilson erklärte, dass die amerikanische Note an Deutschland am 1. April nicht beantwortet wird.

Ich beantrage deshalb Congress, Beschluss mitzuteilen, dass die diplomatischen Beziehungen zu Deutschland abbrechen sind, falls die amerikanische Note an Deutschland am 1. April nicht beantwortet wird. Wilson erklärte, dass die amerikanische Note an Deutschland am 1. April nicht beantwortet wird.

Wir werden keinen Krieg führen, sondern nur einen diplomatischen Konflikt (hostile coalition) mit der deutschen Regierung. Wir sind erfrischte Freunde des deutschen Volkes und wünschen ein friedliches Ende mit der Regierung zu erhalten, die sein Sprachorgan ist. Wir werden nicht glauben, dass sie uns feindselig gegenüber ist, außer, wenn es so weit kommt, dass wir es glauben müssen.

**Der amerikanische Botschafter verlässt Berlin**

Der amerikanische Botschafter in Berlin, Gerard, hat Auftrag erhalten, die Botschaft zu schließen. Alle amerikanischen Konsuln und Attachés sollen Deutschland verlassen. Spanien hat die Vertretung der amerikanischen Interessen übernommen.

**Wilson an die Neutralen**

Ein Press Bureau in Amsterdam veröffentlicht eine Depesche aus Washington vom 5. Februar, daß Wilson eine Note an die Neutralen abschickte, worin er sie auffordert, seinem Protest gegen das amerikanische Deutschland gegen den neutralen Seehandel zu unterstützen. Dieser Schritt ist eine Vorbereitung für den Plan, gemeinsam auf die Verletzung der Neutralität hinzuwirken. — Reuters meldet aus Washington: Die amerikanischen Vertreter im Ausland erhielten die Instruktionen, den neutralen Regierungen mitzuteilen, daß Wilson glaube, es werde zum Frieden führen, wenn die Neutralen dem Prinzip Amerikas folgten. — Die schweizerische Depeschagentur meldet: Wilson richtete an die schweizerische Regierung eine Note, worin er diese ersucht, sich dem Vorgehen Amerikas gegenüber Deutschland anzuschließen. Der Bundesrat befaßte sich in einer besonderen Sitzung mit dieser Note und stellte die Antwort an Wilson fest. Die Antwort der schweizerischen Regierung wird erst veröffentlicht, wenn Wilson in ihrem Besitz ist.

**Schiffe beschlagnahmt**

Nach Meldungen, die nach Berlin gelangt sind, hat die Regierung der Vereinigten Staaten außer den bereits gemeldeten Handelschiffen auch Fischereier, die in amerikanischen Häfen liegen, beschlagnahmt und die Mannschaften dieser Kreuzer interniert.

Der „New York Herald“ meldet: Laut dem Bericht Wilson die Beschlagnahme der deutschen Dampfer als Entschädigung für verloren gehende amerikanische Handelschiffe oder Schiffe an. Vor einem Jahre hat die „New York Herald“ eine Bitte jener deutschen Schiffe veröffentlicht, die in den Häfen der Vereinigten Staaten festgehalten sind. Danach befinden sich dort Schiffe vom Norddeutschen Lloyd, der Hamburg-Amerikanische und der Deutsch-Amerikanischen Petroleum-Gesellschaft von zusammen 44916 Tonnas. Außerdem hat die österreichische Handelsmarine (Austria) 7 Dampfer mit 35730 Tonnas in den Häfen der Vereinigten Staaten liegen.

**Wilson's Tätigkeit**

Das Kaiserliche Bureau meldet aus Washington: Wilson hat mit dem Abbruch der diplomatischen Beziehungen beauftragt. Die Fragestellung dahin ausgelegt, daß die Regierung ermächtigt wird, notfalls von Schiffen, warren, Munitionswaren und anderen Auslieferungswaren Besitz zu ergreifen. — Wilson erwägt eine Befehlsmacht, in der auf Grund des Schiffsverkehrs dem amerikanischen Handel verboten wird, Schiffe unter fremde Souveränität zu stellen. Der Senat nahm mit dem Ende der Diskussion des dem Senat zugewandene Entwurf entgegen. Das für Einmündigkeit des Vorgesetzten und Schiffsbesitzer vorgeschrieben, mit 82 gegen 19 Stimmen an. Die Debatte war sehr lebhaft. Da das Verbot nur für die bereits angenommenen Schiffe gilt, wird es nicht sehr...

**Über die Haltung der Neutralen**

Die Aufforderung Wilsons legt das „Berliner Tageblatt“ Wilson wird bereits selbst empfinden, daß seine öffentliche Aufforderung an die Neutralen dem Vorgehen der Vereinigten Staaten im Widerspruch steht. Er hätte wissen müssen, daß die neutralen Mächte in Europa die Abweisung dieses Schritts mitzumachen, unmöglich befehlen kann. Nur Spanien hat eine verhältnismäßig günstige Lage. Holland, die Schweiz, Dänemark und Schweden sind direkt dem Vorgehen der Vereinigten Staaten gegenüber. In Südamerika heißt die Haltung, daß Wilson etwas mehr Anhänger finden wird, als in Europa.

**Stimmen neutraler Sozialdemokraten**

„Sozialdemokraten“ in Christiania nehmen Stellung gegen die Haltung der Neutralen, namentlich „Norwegen“, weil sie die norwegische Regierung zu scharfem Protest gegen die deutsche Seeherrschaft aufgefordert hätten, was um so unangebrachter sei, da ein wesentlicher Anteil der Verantwortung für die Seeherrschaft der neutralen Mächte selbst trügen, indem sie sich Deutschlands Feind zur Verfügung gestellt hätten. Die deutsche Seeherrschaft ändern könne und in die man sich schiden müßte.

Der dänische „Social-Demokraten“ schreibt: Es ist selbstverständlich die Pflicht der Regierung, alles, was zur Aufrechterhaltung der dänischen Produktion und zum größtmöglichen Umsatz sich tun läßt, zu unternehmen. Die Schwierigkeiten werden sehr groß sein, da Dänemarks Erwerbsleben in so hohem Grade von der Einfuhr von Getreide, Futtermitteln und Kohlen sowie von der Ausfuhr landwirtschaftlicher Produkte (Speck, Fleisch, Butter, Eier usw.) abhängig ist.

Im Interesse der Neutralität darf Dänemark den Wunsch hegen, so wie bisher mit den kriegsführenden Ländern in gleichem Umfang wie vor dem Kriege Handel zu treiben. Unser Handel mit Deutschland wird also vermutlich in der Art und im Umfang unverändert bleiben. Wenn die Ausfuhr nach England unmöglich gemacht wird, muß man versuchen, die betreffenden Waren im neutralen Zustande abzugeben und gleichzeitig dafür Sorge zu tragen, die größtmögliche Menge von Getreide und Futtermitteln aus Amerika zu beziehen.

Die Lage ist natürlich schwierig. Aber Dänemark hat früher verstanden, seine Produktion und seinen Handel nach den Verhältnissen zu regeln, und dies wird es hoffentlich auch jetzt tun können. In erster Reihe gilt es, Ruhe und Festigkeit zu bewahren, gute Zusammenarbeit zwischen Regierung, Reichstag, Bevölkerung und Presse aufrechtzuerhalten.

Dann werden wir wohl auch durch diesen letzten Teil des furchterlichen Weltkrieges mit den seitens beider kämpfenden Machtgruppen entfaltenen trübseligen Anstrengungen hindurchkommen.

**Was Hefferich erklärt**

Der Staatssekretär des Innern Dr. Hefferich gewährte einem norwegischen Korrespondenten eine Unterredung in der er ungefähr sagte:

„Wir haben zum U-Boot-Krieg gegriffen, weil wir in ihm ein sicheres Mittel sehen, den Krieg abzukürzen. Fraglos werden die Neutralen ihre Schwierigkeiten weiter gesteigert haben. Aber sind die Leiden, die ihnen Englands Politik zugefügt hat, nicht schon jetzt unerträglich? Schon heute zwingt England durch Mißhandlungen die Neutralen dazu, Bannware zu liefern und legt durch pöbelliches Zurückhalten von Kohle die neutralen Industrien still. Die Leiden, die die Neutralen durch unsere Politik erfahren, sind gering gegen die, die ihnen England zufügt. Wir werden alles tun, was in unseren Kräften steht, um die entstehenden Schwierigkeiten abzumildern. Ich weiß, daß die Kohlenfrage im Vordergrund steht. Wir werden Ihnen aus helfen können. Wir haben unsere Kohlenausfuhr nach Schweden von 418.000 Tonnas im Jahre 1913 auf 4 Millionen Tonnas gesteigert. Es gibt für uns kein Zurückgehen. Wir werden bis ans Ziel gehen, und ich bin überzeugt, daß die Neutralen uns das noch einmal danken werden.“

**Für die sofortige Durchführung der Wahlreform in Preußen**

tritt ein in den „Annalen für Soziale Politik und Gesetzgebung“ der bekannte Historiker Friedrich Meinecke, der auch der konservativen Presse ein willkommener Mitarbeiter ist. Er führt u. a. aus:

Die Dinge drängen zu heroischen Entschlüssen auf allen Gebieten, um neue Quellen der Macht zu erschließen. Man hat den politischen Staat aufgesehen und die Bedenken, die man dagegen haben mußte, nicht leichtsinig vergesen, sondern zurücktreten lassen hinter das Gebot der Stunde. Man hat die Arbeit in den Verhältnissen zu einer Ehren- und Zwangspflicht aller arbeitsfähigen Männer in der Heimat gemacht, ohne die wirtschaftlichen Entschärfungen zu scheuen, die sie haben könnte. Hier wie dort bricht man mit alten, unzulänglich gewordenen Traditionen und wagt den Sprung ins Neue. Sollte man ihn nicht da wagen, wo der Sprung schon längst erwogen und wiederholt angeht? Nicht und gerade jetzt ist der psychologische Moment gekommen, um an die Neuorientierung unserer inneren Politik, voran an die Reform des preussischen Wahlrechts zu gehen und damit nicht nur einen Hauptwunsch unserer arbeitenden Massen zu erfüllen, sondern auch ein neues starkes Band um sie und den nationalen Staat zu knüpfen. ...

Man darf unter keinen Umständen Einzelungen aufrecht erhalten, die einem großen Teile der Bürger die Freude am Staate verweigern müssen. Können sie notwendig sein, solange die von ihnen Betroffenen sich selber nicht als Bürger des nationalen Staates im vollen Sinne fühlten, so müssen sie nun so rasch wie möglich weggeräumt werden. Den Nicht im Reich zu lassen ist unklar und unrecht zugleich. Oder will man durchaus den vergeblichen Stachel des Klassenkampfes, den dieser früher hatte, zurücklassen? Sollten wir nicht froh sein, aus dem alten Stand jetzt endlich herauszukommen? Wie können in Zukunft vorankommen sozialdemokratischen Volksgenossen nicht mehr die Augen aufgeschlagen, wenn wir ihnen, die in heroischer Anstrengung mit allen übrigen Schichten der Nation gewetteifert haben, auch ferner die politische Gleichberechtigung im preussischen Staatsleben verweigern?

Meinecke ist zwar persönlich für das gleiche Wahlrecht, er rechnet aber mit der „Möglichkeit“, daß die Regierung so weit nicht zu gehen wagen wird. Und so rät er der Regierung, das — Pluralwahlrecht nach dem komplizierten Dümmlerschen Vorschlag einzuführen. Thimm will die sechsfache Abstufung des Wahlrechts. Zustimmung sollen erhalten:

- 1. Der keiner militärischen Dienstpflicht genügt hat.
- 2. Der vier lebende eheliche Kinder oder doch zwei Söhne hat, die zum Militärdienst tauglich befunden worden sind.
- 3. Der sechs Jahre dem Staate unmittelbar oder mittelbar in einem öffentlichen, kommunalen oder gleichwertigen Ehrenamt gedient hat (auch Marine, Konsumstände usw. gehören in diese Kategorie ein).
- 4. Der zehn Jahre als Arbeitgeber für eine größere Anzahl von Arbeitern betriebl. zur staatlichen Sozialversicherung geleistet hat (wobei, um der besonderen Bedeutung der Landwirtschaft für den Staat Rechnung zu tragen, die Zahl der landwirtschaftlichen Arbeiter höher bewertet werden könnte) oder vier als Arbeiter die doppelte Anzahl von Jahren solche Beiträge geleistet hat.

... der zehn Jahre hindurch einen gewissen, nicht zu niedrigen Betrag von direkten Staatssteuern beigetragen hat (wobei wiederum, um der besonderen Bedeutung des Grund und Bodens und vor allem auch des besitzlosen Grund und Bodens Rechnung zu tragen, die Grund- und Grundsteuer mit dem doppelten, vom besitzlosen Grund und Boden mit dem vierfachen Betrage angelegt werden können).

Das Pluralwahlrecht bedeutet nicht die politische Gleichberechtigung und seine Einführung ist durchaus kein „heraldischer Entschluß“. Wer für das gleiche Wahlrecht ist, muß an dieser Forderung unbedingt festhalten und sich nicht mit geringen Konzessionen begnügen.

**Die russische Sozialdemokratie in der Frage des Friedens**

Unter dem Vorhange des Dumaabgeordneten Tschelise hielt unlängst in Petersburg die linke Fraktion der russischen Sozialdemokratie eine Konferenz ab, auf der gegen das Verhalten des Duma-Vorsitzenden zum Friedensangebot der Zentralmächte heftiger Einspruch erhoben wurde. Es wurde eine Resolution angenommen, wonach die Regierung aufgefordert wird, in sofortigen Verhandlungen mit den Gegnern zu treten.

**Volksernährung**

„Es gibt auch noch andere Menschen.“ Der Ausdruck Odenburgs, die Landwirtschaft könne nur dann genügend Kartoffeln produzieren, wenn sie einen Preis von 8 Mk. für den Zentner erhalte, erregt selbst in konservativen Kreisen Mißbilligung. So schreibt dem „Volksbeobachter“ ein Einsender aus dem Osten:

Nur mit tiefem Bedauern kann man von Odenburgs Meinung und Vorschlag betreffend Preisregulierung für Kartoffeln lesen. Auch streng konservativ und der Landwirtschaft durchaus freundlich gesinnte Kreise haben da das Gefühl, die Landwirte sollen den Boden nicht überfrachten. Wir wissen wohl, daß die landwirtschaftliche Bevölkerung vor allem den Nachwuchs des Volkes sicherstellen muß, daß das Land vor allem die Soldaten liefern muß und liefert, wiewohl, was unser Volk der Welt sei Dank leistungsfähigen Landwirtschaft in dieser Kriegszeit verdankt. ... Aber die Landwirtschaft darf nicht vergessen, daß es auch andere Staatsbürger gibt, die leben wollen und das Recht haben zu leben. Wir gönnen der Landwirtschaft guten Verdienst. Aber die Lösung der Zeit ist nicht, der Landwirtschaft die Tischen zu füllen, sondern allen Gliedern des Volkes das Durchkommen möglich zu machen. ... Die Landwirtschaft hat viel Mühe, aber göttliche Zeit. Und der Großgrundbesitz wird es nicht zugeben können und wollen, daß er nicht so rentabel wirtschaftet wie der Kleinbesitz.

**Luzus im Kriege**

Die Rehrseite des Berliner Falles Kupfer, der, nach dem Zeugnis der Danziger Zeitung, auch nach Danzig spielt, streift die Volkische Zeitung mit einigen Sätzen:

„Man könnte sich vorstellen, daß die geständige Frau Kupfer über ihre Schwindeleien nicht viel Reue empfindet. Vielleicht sagt sie sich, meine „Opfer“ haben durch mich Wuchergewinne verdient oder zu verdienen gehofft. Einmal am Staate mit Herrenlieferungen, dann aber sogar am Volke mit Lebensmitteln. In alledem wäre Wahrheit. Trotzdem bliebe natürlich Frau Kupfer eine Fälscherin und Betrügerin, die Strafe verdient hat.“

Sehr ernst und nachdenklich muß jedoch die psychologische Grundlage des Falles stimmen. Weite Volkstreu werden der geistigen und seelischen Verfassung, die er enthält, ratlos und ohne Verständnis gegenüberstehen. Man hört mit Erstaunen: in Berlin, dessen Lebensmittelpreis der Grenze des Möglichen nicht mehr fern ist, kann man also noch im Ueberflusse schmelgen. Wir haben fast keine Kartoffeln, müssen Brot „erhalten“, kriegen Eier, Butter, Fleisch nur auf Karte. Frau Kupfer besaß und erhielt alle diese guten Dinge und andere und noch bessere in Hülle und Fülle. Sie hatte überreichlich Butter (Wochenmenge 50 Gramm), Schinken, Fleisch, Geflügel, Wild, Kognat und französischen Sekt.

Seit langem gibt es eine Bezugscheinpflicht; Frau Kupfer nebst Fräulein Tochter hatten Kleider, Wäsche, Stiefel, ein ganzes Modemuseum. Es wurde ihr aufgedrängt, schreiben die Berichterstatter. Autodroschen sind knapp, Vorbestellungen verboten. Frau Kupfer hatte ihre Kraftdrosche monatelang für sich allein, manchmal gar zwei. Das gesellschaftliche Leben Berlins schläft beinahe, soweit es nicht bei Tee und Obst ein bescheidenes Kriegsdasein fristet. Bei Kupfers tafelte man Abend für Abend verschwenderisch.

Neben der kriminellen Unternehmung wird eine andere unvermeidlich sein: die Fehler im Verteilungsmechanismus, die offenbar vorhanden sind, so wenig typisch die Kupfersche Lebenshaltung auch ist, müssen aufgedeckt und beseitigt werden. Gezügelter Knappheit darf unter keinen Umständen ungerügelter Ueberfluß gegenüberstehen. Es gilt, die unlauteeren Quellen, die noch zugunsten einzelner fließen, im Interesse der Gesamtheit zu verstopfen. Das wird den Mangel nicht verringern und die Notwendigkeit, ausreichende Lebensmittel nach Berlin zu führen, nicht weniger dringend machen. Aber es darf nicht zwei Klassen des Durchhaltens geben: eine für die Kupfersche Kreise, und eine andere, opfervollere für das übrige Berlin. Vielleicht verhilft der sonst recht ible Fall zu diesem Guten, indem er den Behörden endlich Einbild in die Zusammenlegung der beteiligten Kreise gewährt.“

Hätte es dazu noch des Falles Kupfer bedurft? Es gibt viel Kupfer, auch wenn kein Glanz nicht durch kriminell zu ahnende Betrügerei erworben ist. In Berlin wie über a l l sonst auch. In Städten wie auf dem Lande.

**Das Einheitsbrot für Berlin beschlossen**

Die Vollversammlung der Groß-Berliner Brotkartengemeinschaft, in der 43 Gemeinden vertreten waren, trat den Beschlüssen des Unterausschusses über die Herstellung des Strohgebäcks unter Verbot des kleineren Gebäcks mit allen gegen eine Stimme bei. Ferner billigte die Versammlung einstimmig die Beschlüsse über das Kuchenverbot für Brotbäckereien und über die Beschränkung des Kuchenbackens in den Konditoreien auf bestimmte Sorten unter Festlegung von Höchstpreisen.

**10700 Zentner Kartoffeln in einem einzigen Kreis verheimlicht**

Die Stadt Rühlhausen, die u. a. auch vom Kreis Oelsweiler mit Kartoffeln versorgt werden soll, leidet seit einiger Zeit sehr unter Kartoffelmangel. Seit kurzem nimmt nun ein Beamter aus Sträßburg in den Gemeinden des Oberschlag Kellerrevisionen vor. Und was war das Resultat? In 13 Gemeinden des Kreises Oelsweiler wurden allein 10700 Zentner verheimlichter Kartoffeln

## Danziger Nachrichten

Der Wobbe Jakob

hat wieder nicht rechtzeitig erscheinen können. Die veränderten Verhältnisse sind die Ursache davon. Es läßt sich auch noch nicht bestimmen, wann die neue Nummer hier eintrifft. Die Freunde und Bezahler unseres beliebten Parteiblattes müssen sich daher noch in Geduld üben. Unsere Buchhandlung hat alles getan, um die Verzögerung möglichst abzukürzen.

Der Hering, sein Ende und sein Glück

Zu den vielen Wertverschiebungen, die der Krieg im Gefolge hat, gehört auch das merkwürdige Schicksal des Herings. In normalen Zeiten hat der Proletarier der Fische seine Schuldigkeit getan — wie alle Proletarier —, ohne daß er weiter beachtet oder Aufhebens davon gemacht wurde. Es war seine Lebensaufgabe in Massen gefangen zu werden und zu lächerlich billigen Preisen — würden wir heute sagen — auf den Markt zu kommen. Als gefasener und saurer Hering, geräuchert und mariniert, war er immer zur Verfügung. Nur wenige haben sich Gedanken darüber gemacht, was für ein edler und feiner Fisch er war. Einen kenne ich, der schon vor Jahren gesagt hat: Der edelste Fisch ist der Hering; wenn der Hering so teuer wäre, wie die Forelle, dann erst würde man ihn nach seinem vollen Werte zu schätzen wissen. Aber die anderen verpfeifen ihren Hering meist ohne Dankempfindung und Wertschätzung. Denn er war immer da und wußte sich nicht in Preis zu setzen.

Der Krieg hat dies Verhältnis von Grund aus geändert. Der Hering hat eine unerhörte Karriere gemacht. Zunächst blieb er noch lange die Zuckerrübe des immer ärmer werdenden Mittags- und Abendtisches. Freilich, er stieg dabei im Preise, aber er war doch noch da, faszinieren immer willig, sich verpreisen zu lassen. Jetzt wurde er dann selbstbewußter und stellte immer höhere Ansprüche. Früher hatte er 10, 20 und 30 Pfennig gekostet — je nach seiner besonderen Herrichtung. Allmählich stieg er ohne Rücksicht auf Größe und Schwere auf 50, 60 und 80 Pfennig. Aber er war immer noch da, und als die Käsezeit längst prähistorisch geworden, gab es immer noch den fett- und fleischreichen Hering. Aber schließlich schnappte er in vollen Größensinn über. Schon vor einigen Wochen hat mein Heringenschnapser 90 Pfennig für einen größeren Solzhering bezahlen müssen und die geräucherten Nachheringe kosteten die letzten Wochen 85, 90 Pfennig, dann 1 Mark, dann 1,20 Mark. Dazwischen kamen immer Pausen, wo es gar keinen gab, und dann hatte der Hering wieder einen hübschen Sprung gemacht.

Nun aber kommt das Sonderbarste: In erstaunlicher Umschwung, auf der höchsten Stufe selbst, hört er auf, eine eßbare Sache zu sein. Er verflüchtigt sich zum reinen Begriff, der jeden Kompromiß mit der gemeinen Wirklichkeit ablehnt, er verschwindet.

Kein Hering ist mehr zu finden. Der Hering hat den Rekord aller anderen Fischkonkurrenten geschlagen: er ist unbegreifbar geworden. Er rächt sich für die jahrhundertelange Unterwürigkeit. Wie es so oft geschieht, wird er erst voll erkannt, wo es zu spät ist, wo allzu späte Tränen um einen teuren (ach ja schließlich sehr teuren) Entschlafenen rinnen. Wir sind um eine schöne Erinnerung reicher und um einen guten Imbiß ärmer.

\* Die Kravatten werden teurer. Die Selbstbinder und besten „Schlipse“ aller Art werden demnächst einen erheblichen Preisaufschlag erhalten. Der Vorstand der deutschen Kravattenstoffhersteller hat auf alle Stoffe einen Kriegszuschlag von 155 Prozent gelegt, da die Rohmaterialien dementsprechend verteuert worden sind. Es ist ganz selbstverständlich, daß die Hersteller von Kravatten und die Verkaufsgeschäfte ihre Preise erhöhen werden.

\* Zum 7-Uhr-Ladenstluß schreibt das W. L. B., daß der Gewerbebetrieb von den Bestimmungen nur inwieweit getroffen ist, als er unter das Handelsgewerbe fällt. Gewerbetreibende, wie Friseur, Uhrmacher, Schuhmacher usw., welche in offenen Verkaufsstellen neben dem Handelsgewerbe noch ein anderes Gewerbe betreiben, können also auch nicht gehindert werden, diesen Betrieb über die Zeit von 7 Uhr (Sonnabends 8 Uhr) hinaus fortzuführen.

\* Schwierigkeiten im Postbetriebe. Durch Einschränkung der Zahl der Eisenbahnzüge, durch zunehmenden Mangel an geschultem Personal, an Gespannen und Kraftwagen steigern sich die während des Krieges ohnehin bestehenden Schwierigkeiten im Postbetriebe von Tag zu Tag. Sie werden in empfindlicher Weise vermehrt durch die ungeheuer wachsende Zahl der meist Lebensmittel enthaltenden Privat-Einschreibepakete. Die besondere Behandlung solcher Sendungen erfordert Aufwendungen an Personal, Beförderungsmitteln und Zeit, die bei dem eingetretenen Massenverkehr, namentlich unter der Ungunst der gegenwärtigen Witterungsverhältnisse, nicht geleistet werden können, ohne die ordnungsmäßige Abwicklung des übrigen Postverkehrs in hohem Grade zu gefährden. Die Postverwaltung sieht sich daher, wie sie mitteilt, zu ihrem Bedauern gezwungen, vom 7. Februar ab die Einschreibung bei Privatpaketen bis auf weiteres auszuschließen.

Der Verkauf von Sichelhäkern hat in der Weise geregelt, daß der Höchstpreis für eine Schachtel 1/2 Pfg. beträgt. Es wird nun darüber geklagt, daß Händler nicht selten den Verkauf von zwei Schachteln ablehnen und sich für eine 5 Pfg. zahlen lassen. Dieses Verhalten ist selbstverständlich eine Überschreitung des Höchstpreises. Das ist daher die Absicht derer, die so handeln. Bei zwei Schachteln, die mit 9 Pfg. zu bezahlen sind, kann eben ein besonderes Geschäft nicht gemacht werden. Ueber die Unzulässigkeit des ge-

rügten Verfahrens braucht hiernach nichts mehr gesagt zu werden. Jeder Händler ist zur Abgabe der geforderten zwei Schachteln verpflichtet, andernfalls macht er sich strafbar.

### Die Preise der Breitlinge

haben inzwischen eine Veränderung erfahren. Der für die Fischer geltende Höchstpreis ist von 25 auf 20 Mark pro Zentner, also um 5 Pfg. pro Pfund, herabgesetzt worden. Dementsprechend hat auch der Magistrat den Höchstpreis für die Verbraucher von 35 auf 30 Pfg. pro Pfund und von 1 Mark auf 85 Pfg. für drei Pfund herabgesetzt. Der Preis der geräucherten Breitlinge, Sprotten, ist mit 90 Pfg. auf der bisherigen Höhe geblieben. So dankenswert die Ermäßigung des Preises an sich ist, so sehr überrascht die unbedeutende Herabsetzung. Immer wieder muß betont werden, daß der Breitling gerade in der Winterzeit, in der die Erlangung anderer Nahrungsmittel noch schwieriger als sonst ist, das eigentliche Nahrungsmittel für die Ärmsten darstellt. Diese Tatsache hätte doch in der Bemessung des Preises zum Ausdruck kommen müssen. Die Befastigung der Verbraucher stellt sich sehr deutlich dar, wenn man vergleicht, für welche Summe der im Januar gemachte Fang nach den bisher geltenden Höchstpreisen verkauft worden ist und wieviel dafür nach den vorjährigen Höchstpreisen hätte gezahlt werden müssen. Dabei lassen wir unbeachtet, welche Menge in geräucherterem Zustand zu dem weit höheren Preise verkauft worden ist. Im Januar wurden etwa 21 000 Zentner gefangen. Hätte der Höchstpreis des vorigen Jahres mit 15 Pfg. pro Pfund gegolten, so würden die Käufer für diese Menge 315 000 Mark zu zahlen gehabt haben. Da der Höchstpreis aber 35 Pfg. pro Pfund betrug, so mußten sie 735 000 Mark zahlen. Sie mußten also 420 000 Mark, beinahe eine halbe Million Mark, mehr für die gleiche Menge zahlen. Der neue Höchstpreis von 30 Pfg. pro Pfund hätte auch noch eine Gesamtausgabe von 630 000 Mark, oder 315 000 Mark mehr als im Vorjahre, erfordert.

Leider hat der starke Frost, der sogar die Danziger Bucht mit einer Eisdicke verschloß, die Fänge vorläufig beendet. Wir wollen nicht hoffen, daß damit der Breitlingsfang überhaupt abgeschlossen ist. Auf jeden Fall möchten wir aber betonen, daß es bei der ungenügenden Herabsetzung des Höchstpreises nicht bleiben kann. Die in Frage kommenden Instanzen, besonders der Staatskommissar, sollten daher diese wichtige Frage nicht aus dem Auge lassen und die weitere Herabsetzung mit Rücksicht auf die Ernährung und die Befastigung der schwächeren Verbraucher auch jetzt noch vornehmen.

### Für fehlende Kartoffeln

hat der Magistrat für die Woche vom 5. bis 10. Februar die Ausgabe von Mehl und Mühlenenergieurteilen angewiesen. Für die sechs Kartoffelmarken Nr. 2 werden 500 Gramm Mehl und 200 Gramm Mühlenenergieurteile abgegeben. Für die vier Marken Nr. 2 der Kartoffelzusatzkarte werden 125 Gramm Mühlenenergieurteile gegeben. Hoffentlich sind auch die Vorräte vorhanden, um diese Mengen in allen Fällen, in denen sie gefordert werden müssen, abgeben zu können. Trotz des ersten Willens, mit den zugewiesenen Mengen auszuhalten, ist bei der allgemeinen Kartoffelknappheit mit der Brotportion nur äußerst schwer auszukommen.

### Danziger Milchnote.

Die großen Schwierigkeiten, die durch die erhebliche Einschränkung der Milchzufuhr für die Danziger Bevölkerung entstanden sind, wurden schon vielfach beklagt und auch an dieser Stelle besprochen. Statt der 70 000 Liter Milch, die im Frieden nach Danzig gebracht wurden, sind es jetzt nur etwas über 20 000. Dagegen ist für den allerdringendsten Bedarf der Kinder bis zu sechs Jahren, der Alten über 65 Jahre und der ärztlich dafür bestimmten Kranken eine Gesamtmenge von 29 000 Liter notwendig. Eine Verringerung dieser zu einem schweren Notstand gewordenen Verhältnisse ist leider nicht eingetreten. Dafür zeigten sich schon länger Bestrebungen, die Milch, die nun doch mehr zum Heilmittel als zum Lebensmittel geworden ist, zu verteuern, und dadurch die Säuglinge, Kranken und Alten zu belasten. Der Landkreis Danzig-Höhe setzte am 2. Dezember den Erzeugerhöchstpreis auf 28 Pfg. fest. Die Provinzialstelle hat inzwischen diese Festsetzung aufgehoben. Nach den Bestimmungen der preussischen Landesgesetzgebung vom 29. Dezember 1916 gelten nun wieder die niedrigeren Erzeugerpreise als Höchstpreise, die zu jener Zeit gezahlt wurden. Mit Rücksicht auf die jetzt aufgehobene Preisfestsetzung wurde für die Stadt Danzig der Höchstpreis für die Verbraucher auf 30 Pfg. festgesetzt. Es dürfte nicht zu viel verlangt sein, daß nun auch dieser Preis eine Ermäßigung erfährt.

### Westpreussische Hindenburgspende.

Diese Bezeichnung hat besonders in Arbeiterkreisen vielfach zu der Meinung geführt, daß die Ferkelieferungen, die die Landwirte in Erfüllung des Aufrufes Hindenburgs für die Schwerarbeiter abgeben, von ihnen unentgeltlich geliefert werden. Dies ist aber keineswegs der Fall. Jedes Pfund wird den Lieferanten mit dem Höchstpreis bezahlt. Unter dieser Voraussetzung wird man speziell die Menge der Lieferungen natürlich anders beurteilen müssen, als wenn es sich um unentgeltliche Liebesgaben handeln würde. Der Aufruf Hindenburgs wendete sich besonders eindringlich im Interesse der Schwerarbeiter an die vaterländisch gesinnten Landwirte. Sein Erfolg war in Westpreußen recht sonderbar. Bis Mitte Januar waren 15 756 Kilogramm Speck, 18 216 Kilogramm Schmalz, 2561 Kilogramm frisches Fleisch und 119 Kilogramm Fleischdauerware geliefert. Die Hälfte dieser Mengen brachten die Kreise Marienburg und Elbing-Land ein. Der Kreis Marienburg lieferte 10 371 Kilogramm und Elbing-Land 6232 Kilogramm. Die um die Stadt Danzig gelegenen Landkreise haben sich dagegen in einer Weise verhalten, als hätte es niemals den Aufruf Hindenburgs gegeben. Der Kreis Danzig-Höhe brachte es zu ganzen 33 Kilogramm und Danzig-

Niederung zu auch nur 150 Kilogr. Aus dem Kreise Dirschau kamen ganze 169 Kilogr. und von Tuchel 55 Kilogr. Der Kreis Berent brachte nicht ein einziges Pfund auf. Man könnte hieraus leicht zu der Meinung kommen, daß die Gleichgültigkeit der Danziger Landkreise gegenüber der zahlreichen Arbeiterschaft Danzigs bestimmte Ursachen hat. Auf alle Fälle sind die Tatsachen dieser amtlichen Mitteilungen recht charakteristisch.

### Die Getreide Diebstehungen

beschäftigten am 1. Februar in erster Auflage das hiesige Schöffengericht. Der Kaufmann Adolb Rosenzweig war beschuldigt, vom April 1916 beschlagnahmte Gerstengröße ohne Befugnis gekauft und aus dem Bezirk des Kommunalverbandes verkauft zu haben. Er hat ferner die Höchstpreise überschritten und übermäßigen Gewinn in der Weise erzielt, daß er 14 Prozent Gewinn machte. Er selber zahlte für den Zentner 107 Mark und verkaufte vornehmlich nach Chemnitz. R. entschuldigte sich einfach damit, daß er nur nach dem Beispiel anderer, besonders auch der Landwirtschaftlichen Großhandels-gesellschaft, vorgegangen sei. In der Verhandlung wurde festgestellt, daß in den kriegswirtschaftlichen Gesetzen bedauerliche Lücken enthalten sind. So gelten die Höchstpreise nicht für alle Gersten und Gerstenerzeugnisse. Gerste der Ernte 1914 und ausländische Gerste ist freigelassen. Auch die im 1914 überlassene Gerste darf frei gehandelt werden. Der Verteidiger forderte daher den Nachweis, daß die von R. gehandelte Gerste nicht von der freigegebenen stamme. Wegen des übermäßigen Gewinnes wurde der Angeklagte freigesprochen, jedoch wegen Überschreitung des Höchstpreises und Vererbung aus dem Kommunalverbande zu 1000 Mark Geldstrafe verurteilt. — Der Kaufmann Isak Stern wurde zu 2000 Mark Geldstrafe verurteilt, weil er den Höchstpreis für Gerste und Graupen erheblich überschritten hat und den Handel ohne Erlaubnis betrieb. So hat er für den Zentner Gerste 40.50 bis 42.25 Mark genommen, also den Höchstpreis von 10.60 Mark erheblich überschritten. In einer späteren Zuschrift an die Danziger Zeitung erklärt Stern, daß er nicht mit Gerste, sondern nur mit Graupe handelte und den Zentner mit 42.25 Mark einkaufte, dagegen mit 40 Mark, also mit Verlust, verkaufte. Er hofft deshalb, und weil es sich nur um Getreide der Ernte 1914 handelte, auf spätere völlige Freisprechung. Wir möchten hierzu nur bemerken, daß es uns rätselhaft erscheint, wie ein Kaufmann existieren will, der nur unter dem Einkaufspreis verkauft. Aber wir sind in die Kriegsgeheimnisse des Getreidehandels auch nicht genügend eingeweiht.

— Erhöhung des Besoldungsgeldes. In der Herbsttagung des Reichstages haben die Sozialdemokraten im Haushaltsausschuß den Antrag gestellt, das auf 1,50 Mk. pro Tag bemessene Besoldungsgeld für die auf Selbstbesoldigung angewiesenen Mannschaften auf 2,50 Mk. zu erhöhen. Der Antrag wurde in der Form angenommen, daß eine allgemeine Erhöhung gefordert wurde. Die Militärverwaltung hat erst jetzt, mit Wirkung vom 1. Februar ab, das Besoldungsgeld auf 2 Mk. pro Tag erhöht, eine Erhöhung, die nicht als ausreichend bezeichnet werden kann. Gleichzeitig bestimmt das Kriegsministerium, daß die Zahl der auf Selbstbesoldigung angewiesenen Mannschaften so weit als irgend möglich eingeschränkt werden soll, weil die Truppenteile in der Lage sind, für geringeren Preis besseres Essen liefern zu können, als der einzelne Mann sich für seine Verpflegung kaufen kann.

### Bildertafeln zur Verleumdung.

Zur Feststellung unbekannt verstorbenen Heeresangehöriger werden in Lazaretten usw. etwa vorhandene Photographien dieser Verstorbenen gesammelt und in Bildertafeln veröffentlicht. Die bereits seit langem bestehende Einrichtung ist leider in der Bevölkerung noch nicht genügend bekannt. Es wird daher darauf hingewiesen, daß neuerdings wieder eine solche Bildertafel, und zwar als Sonderausgabe der Verleumdung 667 erschienen ist. Die Tafel kann bei den Ortspolizeibehörden unentgeltlich eingesehen werden, außer bei den Polizeibehörden aber auch bei allen militärischen Kommandobehörden, bei Garnison- und Bezirkskommandos, Ersahtruppenteilen und den Lazaretten.

## Aus Westpreußen

### Die Genossen von Ohra für die Parteieinheit

Der Ortsverein Ohra, der zurzeit größte im Reichstagswahlkreis Danzig-Land, hat sich in seiner letzten Generalversammlung mit der Situation in der Partei beschäftigt. Genosse Behl erstattete das Referat. Seine Ausführungen deckten sich mit den im Danziger Bericht wiedergegebenen. Als erster Diskussionsredner sprach Radtke in etwa einstündiger Rede für die Ansichten und Beschlüsse der Opposition, wobei er es an persönlichen Angriffen auf den Referenten und die Mehrheitsanhänger nicht fehlen ließ.

Die Versammlung erklärte sich mit den Beschlüssen des Parteiaussschusses einverstanden. Die im Danziger Bericht abgedruckte Entschließung wurde mit einigen unwesentlichen redaktionellen Änderungen gegen 7 Stimmen angenommen.

Damit ist auch in diesem Wahlkreis die notwendige Klarheit in der Partei geschaffen worden. Der gefasste Beschluß schließt niemanden aus der Partei aus und unterbindet in keiner Weise die Meinungsfreiheit. Was er verlangt, ist, daß solche Mitglieder, die sich zur Opposition und ihren Beschlüssen bekennen, nicht mehr länger Mitglieder der Gesamtpartei bleiben können. Das eine schließt das andere aus.

Wir erwarten, daß die übergroße Mehrheit der Genossen der Gesamtpartei die Treue bewahren und nach Kräften für ihre Ausbreitung sorgen wird.

## Fliegerkampf an der Ostfront

Ein bekannter V. l. n. g. Parteigenosse H. Sch., der als Kampfliege an der Ostfront steht und Helfer des Eisernen Kreuzes ist, schreibt uns aus dem Osten:

„Im Osten sind die Fliegerkämpfe nicht so zahlreich wie im West. Die Gründe hierfür sollen hier nicht erörtert werden. Es mag aber gesagt sein, daß unsere Erkundungsflieger mit demselben Eifer ihren Dienst tun als anderswo. Seit langem schon hatte ein großer russischer Kampflieger die deutsche Front und das dahinterliegende Gelände überfliegen, ohne mit einem unserer Flieger ernstlich in Berührung zu kommen. So auch am ... Januar, einem schönen klaren Wintertage. Festig wurde er von unseren Geschützen beschossen, ohne Ergebnis.

Die Sprengstücke sausten wie Hagel herunter, und es war nicht ratsam, sich draußen ohne Deckung aufzuhalten. Langsam fuhr der Russe seinen Stellung zu, als sich von Norden plötzlich ein deutscher Doppeldecker näherte. Dem Russen gelang es nicht mehr, zu entkommen. Nach einer kurzen Wendung ließ unser Flieger sein Maschinengewehr spielen. Die Folgen zeigten sich bald. Schwarzer Rauch entquoll dem russischen Flugzeug, aus dem in langer Stille ein roter Feuerstrahl aufstieg. Der Apparat schwante und stürzte, sich überschlagend, in die Tiefe hinter der ersten russischen Stellung aufschlagend und langsam weiterbrennend. Vorher stürzten der Flieger und sein Beobachter heraus, um aus etwa 1000 Meter Höhe ebenfalls auf russischer Seite ihren Tod zu finden. In beinahe jenem rechten Moment folgte unser Flieger nach, um dann jedoch in ruhigem Fluge einige Male um den Kampfsplatz kreisend, nach Nordwesten davonzufahren. Das war ein Schauspiel, wie wir es selten zu sehen bekommen.“

## Der deflorierte Odenburg.

Der Rittergutsbesitzer und Kammerherr Hard von Odenburg-Januschau hat das Eisene Kreuz 1. Klasse erhalten, der bekannte Agrarier, der durch seine Briefe gegen die Kriegsmirtschaft und für hohe Kartoffelpreise sich erst neuerdings bemerkbar gemacht hat, steht als Major und Kommandeur eines Staffelfeldes im Osten.

**Zoppot.** Die Danziger Bucht jünger. Die Danziger Bucht ist, soweit man sehen kann, mit Eis bedeckt, die wogende Fläche ist vollkommen erstarrt. Auf der Südseite des Sees liegen zahlreiche Eisschollen gehäuft, so als ob das über die ersten Eisanfänge hinweg schlagende Wasser dabei erstarrt ist. Seit fünf oder sechs Jahren ist das Ereignis nicht dagewesen. Damals herrschte ebenfalls ein starker Frost, daß die Eisschollen um den Steg herum, für Schlittschuhläufer fest genug war. Mittwoch früh verjagte wogender Nebel eine weite Aussicht, man hörte nur aus der Ferne die warnenden Rebellhörner der Schiffe, die trotz dieser Kälte ihren Dienst versehen müssen. Einen wunderbaren Anblick bietet der See, wenn unter der durch die Eisschollen, die alle mit dicken Eisschichten überzogen sind. Es ist als ob man in eine Tropfsteinhöhle hineinkäme, die in jahrhundertlangem Wachsen die mannigfaltigsten Krystallgebilde erhalten hat.

**Graudenz.** Selbstmord eines Kriegsgerichtsrates. Erhängt hat sich, dem „Geflügelten“ zufolge, in seiner Wohnung in der Bohlmannstraße in Graudenz der Kriegsgerichtsrat G. Er hatte schon seit einigen Tagen Selbstmordgedanken geäußert und führte seinen Plan in der Nacht zum Sonntag aus. Am Sonntag mittag fanden ihn Kollegen im Bett mit einem Schuß im Herzen auf.

**Graudenz.** Kohlenrat. Zur Besserung der Kohlenversorgung der Bevölkerung hat der Gouverneur der Festung Graudenz auf Grund des Belagerungsgesetzes für die Stadt Graudenz verfügt, daß das Theater, die Kinostheater und Konzertsäle bis auf weiteres geschlossen werden. Die Lokale dürfen nur die Hälfte der bisherigen Räume heizen und beleuchten. Auch der Verkehr in den Geschäftsbüros soll sich möglichst auf die besten Tagesstunden beschränken. Von den Schulen werden geschlossen die Volksschulen und die städtische Oberrealschule mit Ausnahme der Schule in der Brüderstraße. Die Verfügung verspricht weiter, daß die in Betracht kommenden Behörden alles aufwenden werden, um die augenblickliche Kohlenknappheit zu beseitigen. Der Stadt Graudenz beim das Ernährungsamt hat angeordnet, daß alle an Handel- und Gewerbetreibende und Privats eingehenden Kohlen, Breiten und Koks unverzüglich dem Magistrat gemeldet werden. Die Beschaffung des Heizmaterials wird durch das städtische Kohlenlager erfolgen.

**Ihorn.** Kohlenknappheit. Bei dem herrschenden Kohlenmangel gibt der Magistrat in Ihorn jetzt nur 1 Zentner Kohlen für die Küche und den Haushalt ab. Um Kohlen bei dem überaus strengen Frost zu sparen, haben einzelne städtische Schulen vorläufig auf einige Tage den Unterricht ausfallen lassen.

## Aus der Partei

Stützung in Berlin.

Im Auftrag zahlreicher Parteigenossen hatte sich unter dem 28. Januar 1917 der Genosse Ernst an den Parteivorstand mit der Anfrage gewandt wie sich in Groß-Berlin angesichts der durch die verschiedenen Oppositionsgruppen kolligierten Trennung von der Gesamtpartei die parteireuen Genossen zu verhalten haben. Die Sitzungen der Berliner Wahlkreisorganisationen haben mit Ausnahme des alten Wahlkreisvereins für Gesamt-Berlin auf dem Boden der Opposition, die nehmen in der führenden Stellung an und stellen die gesamten Mittel und Einrichtungen der Partei in deren Dienst. Durch Zählung weiterer Beiträge liefern sie den von der Partei abgesetzten Organisationen die Mittel zur Bekämpfung der Partei. Eine Möglichkeit, die zur Zugehörigkeit der Partei notwendigen Beiträge an anderer Stelle zu zahlen, ist nicht vorhanden. Sie muß aber geschaffen werden, um der Partei die Mitglieder in Berlin zu erhalten.

Genosse Ernst legt in dem Schreiben sodann ausführlich die parteireuen Tätigkeit der einzelnen Berliner Oppositionsgruppen dar, die mit dem Statut der Partei und dem Statut der Groß-Berliner Parteiorganisation im strikten Widerspruch steht. Nachdem so die offene organisatorische Trennung durch die Opposition herbeigeführt worden sei, sei es eine dringende, schnell zu erfüllende Aufgabe des Parteivorstandes, den Parteigenossen in Groß-Berlin die Möglichkeit der weiteren Zugehörigkeit zur Partei zu schaffen. Es müsse ihnen schnellstens Gelegenheit gegeben werden, ihre Beiträge an einer Stelle zahlen zu können, die die Verwendung der Parteimittel im Sinne des Partystatuts sicherstellt.

Der Parteivorstand hat darauf geantwortet, er werde veranlassen, daß für Groß-Berlin gemäß den Bestimmungen des Organisationsstatuts der Partei Wahlkreisorganisationen geschaffen werden, in denen die Parteigenossen, die der Partei trenn bleiben und ihre Pflicht gegen die Gesamtpartei erfüllen wollen, sich organisatorisch zusammenfinden können. Er stellt fest, daß die jetzigen Berliner Vereine, die zur Opposition stehen, seit dem 1. April 1916 keine Beiträge an den Vorstand abgeführt haben! Gleichzeitig hat der Parteivorstand den Genossen Ernst als früheren langjährigen Vorsitzenden der Bezirksorganisationen Groß-Berlin gebeten, im Einverständnis mit dem Parteivorstand die Maßnahmen in die Wege zu leiten, die erforderlich sind, um den organisatorischen Zusammenbruch der treu zur Partei stehenden Genossen Groß-Berlins herbeizuführen.

Wir hoffen, daß mit diesem Schritt der Gesundungsprozess im Berliner Parteileben einsetzt.

## Reichstagsabgeordneter Grenz über die Parteispaltung.

Der sächsische Reichstagsabgeordnete Genosse Ernst Grenz, ein geborener Danziger, hat ein Menschenalter auf vorgeschobenem Posten in der Partei gekämpft und stets auf dem realistischen Standpunkt gestanden. Unlängst gab er in Leipzig gegen die Spaltungsbestrebungen der Minderheit folgende Erklärung ab, die jedem Genossen als Bekenntnis zur Einheit der Partei wertvoll sein wird:

„Die Absicht, die Parteimitglieder auf einem während des Krieges einzuberufenden Parteitag zu ordnen, ist auf das heftigste von der Opposition innerhalb der Partei bekämpft worden.“

Schließlich kam eine Reichskonferenz — September 1916 — zustande, auf der die Opposition in ihren drei Richtungen durch Delegierte vertreten war.

Dieser Reichskonferenz der Sozialdemokratie Deutschlands sprach die Opposition die Berechtigung der sächsischen Beschlussfassung ab.

Am 7. Januar 1917 berief die Opposition, bestehend aus ihren drei Richtungen, für sich allein eine Konferenz ein. Nach Beratung wurde durch Abstimmung Beschluss gefasst. Die Resolution Borchardt erhielt 6 Stimmen, die Resolution der Spartakusgruppe 34 Stimmen und die Resolution Lipinski (S. N. G.) 111 Stimmen.

Den Beschlüssen dieser Konferenz hat die Parteileitung des Bezirks Leipzig ihre Zustimmung gegeben und verlangt von den Genossen der betreffenden Reichstagswahlkreise, danach zu handeln.

Demgegenüber erkläre ich: daß ich mich als Mitglied der Organisation des 13. Reichstagswahlkreises jenen Beschlüssen nicht fügen kann und auch nicht fügen werde. Die von den Parteitag eingeleiteten Instanzen bestehen heute noch zu recht.

Die Partei kennt nur eine sozialdemokratische Fraktion, dieser gehöre ich als Mitglied an und werde mich den Mehrheitsbeschlüssen der Parteinstanzen und der Fraktion unterordnen und danach handeln, bis der nächste Parteitag der deutschen Sozialdemokratie neue Entscheidungen treffen wird.“

In einer ähnlichen Erklärung schloß sich ihm Genosse Buch, der langjährige Vorsitzende der Leipziger Parteiorganisation, an.

## Die Sozialdemokratische Arbeitsgemeinschaft

heißt, wie der Vorwärts mitteilt, am Nachmittag des 1. Februar in Berlin eine neue Reichskonferenz ab, an der etwa 30 Delegierte teilnehmen. Es war neben den Abgeordneten u. a. Vertretern aus Groß-Berlin, Leipzig, Halle, Königsberg, Dresden, Frankfurt a. M. usw. anwesend.

## Heute in Bremen.

Die „Bremser Bürger-Zeitung“ schreibt:

„Die Geschäftsleitung bekam mit dem Genossen heute vor einiger Zeit Differenzen, die aber wieder beigelegt wurden. Am Sonnabend ließ sich heute während einer Auseinandersetzung mit dem Redakteur Donath und dem Geschäftsführer Knie zu außerordentlich schweren Beleidigungen dieser beiden Genossen hinreißen, die ein weiteres gedeihliches Zusammenarbeiten mit ihm unmöglich machten. Die Geschäftsleitung sah sich gezwungen, das Anstellungsverhältnis mit ihm sofort zu lösen. Das Auftreten heutiges war sehr provozierend und erzeugte den Eindruck, daß er diesen Ausgang selbst herbeizuführen suchte.“

Angeblich geht heute an ein anderes Parteiblatt. Den Differenzen liegt natürlich der allgemeine Parteistreit zugrunde.

— Zur Parteitreue. Der Ausschuss des sozialdemokratischen Bezirksverbandes Magdeburg-Anhalt faßte am Sonntag einstimmig folgenden Beschluss:

„Es gibt bei der gegenwärtigen Lage der Partei kein Ausweichen. Wir müssen uns klar entscheiden, ob wir den Beschlüssen des oppositionellen Parteitages zustimmen oder die Politik der Parteimehrheit vertreten wollen. Vorstand und Ausschuss des sozialdemokratischen Bezirksverbandes Magdeburg-Anhalt stellen sich auf den Boden der Politik der Parteimehrheit und erklären sich einverstanden mit dem Beschlüsse des Parteiausschusses vom 13. Januar d. J. und mit dem Inhalt des Aufrufs, den der Parteivorstand am 20. Januar an die Partei gerichtet hat.“

Der Beschluss des Sonderparteitages der Opposition vom 7. Januar bedeutet die Schaffung einer Sonderorganisation innerhalb der Parteistruktur. Wer für diesen Beschluss wirkt oder sich mit ihm solidarisieren erklärt, kann nicht Mitglied der Partei bleiben. Die Geschäftsleitung unserer Organisation ist der sozialdemokratischen

Wahlkreisverein. Die zehn Wahlkreisvereine unseres Verbandes haben die Pflicht, Generalversammlungen einzuberufen und ebenfalls eine klare ungetrübte Entscheidung zu fassen.“

— Der Bezirksvorstand Juidau (18., 22. und 23. Reichstagswahlkreis) nimmt mit einem entschiedenen Ausruf zu den Beschlüssen des Parteivorstandes und des Parteiausschusses Stellung. In diesem heißt es:

„Niemand kann und wird verlangen, daß in dieser Zeit die größten Erschütterung, die wir durchleben und in der so mancher durch die Unbillen und die große Not der Zeit vom rechten Wege abgelenkt und in eine einseitige Auffassung verfallen. Aber niemand steht so erhaben in unseren Reihen, daß er das Recht in Anspruch nehmen darf, der Partei seinen Willen aufzuzwingen! Noch immer — und gerade jetzt recht! — gilt bei uns das oberste Grundgesetz der Demokratie: Unterordnung der Minderheit, unter die Beschlüsse der Mehrheit! Disziplin! Die erste Vorbedingung und Grundlage einer jeden Organisation!“

Gemäß dem Gutachten des Parteiausschusses vom 18. Januar und dem Aufrufe des Parteivorstandes vom 20. Januar, denen wir uns durchaus anschließen, weisen wir nachdrücklich darauf hin, daß Genossen und Organisationen, die sich mit der Reichskonferenz der oppositionellen Gruppen und deren Beschlüssen solidarisch erklären, nicht gleichzeitig Mitglieder der Sozialdemokratischen Partei sein oder bleiben können. Wir werden in unserem Bezirke in jedem Falle die erforderlichen Maßnahmen treffen.“

— Eine Funktionärstrennung in Köln nahm mit 67 gegen 2 Stimmen folgende Entschliebung an:

„Die Funktionärstrennung vertritt die Anschauung, daß der treibende Teil der Minderheit auf die Parteierstörung bewußt hinarbeitet, und daß die Reichskonferenz vom 7. Januar die organisatorische Einheit der Partei gesprengt hat. Der Beschluss des Parteiausschusses und der Aufruf des Parteivorstandes sind an sich dieses Vorgehens durchaus berechtigt. Die Funktionärstrennung ist davon durchdrungen, daß alles aufgegeben werden muß, um die zersetzende Zwietracht aus dem politisch so heftig umstrittenen Kölner Bezirk fernzuhalten; sie appelliert darum eindringlich an alle Genossen, sich unbeschadet ihrer Stellungnahme zu den Sitzungen, die zurzeit die Partei beschließen, auf den Boden der Einheit zu stellen und mit aller Laikraft für eine starke, dem Gegner eine geschlossene Front zeigende Arbeiterbewegung zu wirken.“

— Sozialdemokratischer Stadtrat in Magdeburg. Die Stadtverordnetenversammlung in Magdeburg wählte an Stelle des zurücktretenden Stadtrats Wendt und des verstorbenen Stadtrats Schab den Parteisekretär Weins und den Fabrikanten Schmidt zu Stadträten. Damit zieht der erste Sozialdemokrat in den Magdeburger Magistrat ein. Ein sozialistischer Antrag, die Zahl der unbesetzten Stadtratsitze nach der Stimmenstärke in der Stadtverordnetenversammlung festzusetzen, wurde von der Mehrheit als „gegen den Burgfrieden verstoßend“ abgelehnt.

## Soziales

— Frauen als Gerichtsschreiber. Der „Reichsanzeiger“ veröffentlicht eine Verordnung des Bundesrats über die Verwendung weiblicher Hilfskräfte im Gerichtsschreiberdienste. Danach kann die einstweilige Wahrnehmung von Amtsgeschäften der Gerichtsschreiber Frauen übertragen werden.

— Ein Dresdener Gesellschaftsstandal. Die „Dresdener Volkszeitung“ entnimmt folgende Zeilen einer Korrespondenz, deren Sinn sehr stark an den großen Wohlthäter Möbing in Jöhens „Gespensier“ erinnert. Es heißt in der Korrespondenz: „Einem im vorigen Jahre verstorbenen Dresdener Großindustriellen waren nicht sehr lange vor seinem Tode anonyme Briefe mit einem gemeinen Inhalt zugegangen. Die Nachforschungen nach dem Verfasser führten zu der Verhaftung einer muskelfudierenden Rosa de M. . . die mehrere Wochen lang in Untersuchungshaft verbringen mußte, ehe sie freigelassen wurde. In dem gegen sie durchgeführten Prozeß, der mehrere Tage hinter verschlossenen Türen verhandelt wurde, sprachen die Gutachten der Schreibfachverständigen sehr gegen die Angeklagte, die aber als Tochter eines höheren bayerischen Offiziers einen sehr guten Zeugnis aufweisen konnte, und die schließlich wegen Mangel an Beweisen freigesprochen wurde. In dem Kampf um ihre Ehre hatte sie ihr ganzes Vermögen geopfert und ersuchte daher das Justizministerium um Entschädigung für unschuldig erlittene Untersuchungshaft, doch wurde diese Bitte im Hinblick auf die Begründung des Urteils abgelehnt. In diesem Prozeß spielte auch die jetzt verhaftete Baroness D. . . eine Rolle. Beide werden einander in dem bevorstehenden Prozeß gegenüberstellen, und es sind dabei allerlei Enthüllungen zu erwarten, die ein Licht werfen auf die fittliche Fäulnis, die in einigen Kreisen der sächsischen Residenz wucherte und die genügend charakterisiert wird durch die eibliche Auslage eines Dresdener Hofopernsängers, der eine gewisse Gesangslehre als ein Vorbild für eine bestimmte Persönlichkeit bezeichnete.“



**Unsere  
"Marine"  
Zigarette**  
3 Pf.  
einschliesslich Krongaufschlag

Trotz Steuererhöhung  
behalten unsere  
Zigaretten ihre offen  
anerkannten Qualitäten.  
Georg A. Jasmaizi  
Aktiengesellschaft

stunden. Diese Bestände — 53% Wagon Kartoffeln — wurden schlagartig und der Stadt Mülhausen übergeben, deren Kartoffelamarkt damit behoben ist.  
Zu jedem Opfer, zu jeder Entbehrung wollen die Landwirte bereit sein.

## Danziger Nachrichten

### Die Danziger Genossen für die Einheit der Partei

Die Auseinandersetzungen über die Kriegspolitik der Sozialdemokratie konnten auch an der Danziger Partei nicht hinfällig vorübergehen. Die auf dem Boden der Mehrheit stehenden Genossen haben jedoch alle mögliche Rücksicht geübt, um es hier zu ernstlichen Differenzen nicht kommen zu lassen. Sie waren viel zu sehr von der Ueberzeugung durchdrungen, daß in Danzig und Westpreußen ein Parteistreit viel weniger wirksam wäre, als in Gegenden, in denen die Arbeiterbewegung fortgeschritten ist und eine größere Macht besitzt. Das oft sehr ernste Ringen für die Partei hatte dazu geführt, daß die Danziger Genossen in Danzig einen Zusammenschluß unter den Genossen geschaffen, der aller Erwartung nach ebenfalls dem Auseinanderstreben entgegenwirken sollte. Alle Rücksicht der Genossen, die auf dem Standpunkt der Parteimehrheit stehen, konnte jedoch nicht verhindern, daß immer wieder Anstrengungen gemacht wurden, auch die Danziger Partei zu zersplittern. Dabei wurde von auswärts in bestimmter Absicht lebhaft eingewirkt. Gerade Danzig sollte eine feste Basis der Parteiopposition werden. Besonders rechnete man dabei auf die zahlreichen jungen auswärtigen Genossen, die in der hiesigen Militärindustrie durch den Krieg Beschäftigung gefunden hätten. Alle hier benutzten Arten und Mittel des Kampfes gegen die Parteimehrheit lassen sich jetzt aus bekannten Gründen hier nicht eingehend schildern. Als der Fraktionsrat die Sonderorganisation der vielfach getrennten Opposition durch die Sonderkonferenz vom 7. Januar einleitete, konnte auch die hiesige Parteioffensive das besonders organisierte Vorgehen in ihren Reihen im Interesse der Selbsthaltung und der einfachsten Ehrlichkeit nicht länger stillschweigend annehmen. Entsprechend dem Beschluß des Parteiausschusses vom 18. Januar sollte die Generalversammlung am 5. Februar darüber entscheiden, ob die Danziger Sozialdemokratie die Einheit der Partei hochhalten oder den Zerfall vorziehen sollte. Die Parteimehrheit, die einen besonderen Delegierten zur Oppositionskonferenz am 7. Januar entsandt hatte, wollte in dieser Versammlung die Oppositionsherrschaft in Danzig festlegen lassen.

Zu diesem Zweck ist sehr eifrig vorgegearbeitet worden. Neben anderem wurde ein unerhört unwahres anonymes Schmähschrift, das mit „Die Minderheit der Wahlkreise Danzig-Stadt u. Danzig-Land“ unterzeichnet war, verbreitet. Gleich zu Beginn der stark besuchten Versammlung gab es eine Ueberfallung. Es erschien der zur Sozialdemokratischen Arbeitsgemeinschaft gehörende Reichstagsabgeordnete Henke aus Bremen und forderte Zutritt. Er erzwang sich auch mit Hilfe einiger Danziger Freunde zunächst den Eintritt in den Saal. Auf die Anfrage des Genossen Sellin bestätigte er, daß er Mitglied eines politischen Vereins ist, der sich durch die Vertragsperre von der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands selbst löst. Sellin erklärte ihm darauf, daß er als Nichtmitglied der Sozialdemokratischen Partei unter diesen Umständen nur auf Beschluß der Versammlung zugelassen werden könne. Es beantragte denn auch ein Vertreter der Minderheit, daß Henke, weil er zufällig in Danzig anwesend sei, als Referent nach dem Genossen Gehl über „Die Situation in der Partei“ sprechen soll. Die Redezeit für jeden Referenten sollte auf drei Viertel Stunden verkürzt werden. Gegenüber diesen Ausführungen wurde vom Genossen Gehl noch einmal betont, daß Henke nicht organisiertes Mitglied der Sozialdemokratischen Partei sei. Zudem sei es nicht richtig, daß er nur zufällig in Danzig anwesend sei. Tatsächlich sei er schon einige Tage anwesend und habe bereits eine Versammlung der Minderheit ohne Kenntnis der übrigen Parteigenossen abgehalten, um gegen diese Generalversammlung Stellung zu nehmen. Gegenüber dem Antragsteller bemerkte der Referent, daß kein früherer Beschluß vorliege, der die Generalversammlung zum Anhören Henkes zwingt. Früher sei nur beschlossen worden, daß zwei Abgeordnete die verschiedenen Standpunkte in einer Versammlung erörtern sollten. Auch dieser Beschluß sei aufgehoben worden, als die Minderheit im Oktober abgehaltene Generalversammlung gemeinsam erlassen habe. Die Debatte über die Zulassung wurde mit großer Mehrheit beschlossen und dann mit 85 gegen 73 Stimmen die Nichtzulassung Henkes beschlossen.

Die von Gehl gegebene Abrechnung für das 4. Quartal wurde ohne Widerspruch entgegengenommen und auch die Charge einstimmig beschlossen. Die am 31. Dezember in der Fabrik in Ohra abgehaltene Jahresfeier hat einen reinen Überschuß von 125,75 Mark ergeben.

Im feinen Referat über die Lage der Partei gab Gehl dann einen umfassenden Ueberblick über die Gestaltung der Politik der Partei seit Ausbruch des Krieges und ihre Beurteilung durch die Genossen. Entscheidend sei dafür später die Frage geworden, ob es sich von Seiten Deutschlands um einen Verteidigungs- oder einen Eroberungskrieg handle. Diese Frage gäbe es in dieser Hinsicht bei objektiver Beurteilung der Dinge nicht mehr. Die Ablehnung des deutschen Friedensangebots durch die Entente und die dabei offen ausgesprochene Ablehnung ihrer für Deutschland und seine Verbündeten vorgehenden Kriegsziele habe in dieser Hinsicht die letzten Zweifel beseitigt. Der Parteioffensive sei der Nachweis des Eroberungskrieges denn auch in keiner Weise gelungen. Ebenso wenig habe sie der Parteimehrheit die Verletzung der demo-

kratischen und sozialistischen Grundsätze nachweisen können. Für die Kriegskredite hätten in vielen Fällen sogar mehrfach ohne Bedenken die Genossen gestimmt, die der Partei jetzt die Verletzung der Grundsätze mit großer Entrüstung nachsagen. Die Parteimehrheit habe es an ernstem Arbeit zur Förderung des Friedens in keiner Hinsicht fehlen lassen. Die Opposition habe außer der unfreundlichsten Bekämpfung der Gesamtpartei nichts Wertvolles in der Richtung getan. Die neuerlichen Behauptungen der Opposition, daß das deutsche Friedensangebot nicht ehrlich gemeint sei, habe sogar das Spartakusblatt „Arbeiterpolitik“ als unsinnig und unehrlich zurückgewiesen. Mit aller Rücksichtslosigkeit habe die Minderheit in der Partei gegen die Partei gearbeitet. Der Spaltung der Reichstagsfraktion seien alle anderen Formen des Bruderkampfes bis zur Spaltung der Landtagsfraktion und der offenen Erklärung der Sonderorganisation gefolgt. Trotz des offenkundigen Beschlusses der Sonderorganisation werde diese noch immer bestritten. Rabner schiedert eingehend die Verhandlungen der Sonderkonferenz der drei Oppositionsgruppen nach den Berichten der Minderheitspresse. Diesem Vorgehen der Minderheit konnte die Mehrheit schließlich nicht mehr ruhig zusehen. Sie durfte nicht warten, bis die Partei ganz zusammengebrochen war. Deshalb war die Stellungnahme des Parteiausschusses unbedingt geboten. Niemand stel dort die Beschlußfassung leicht. Die Partei sei aber die Lebensarbeit tausender ehrlich strebender Genossen. Sie habe so ungeheure

### Mit die Bewohner meines Corpsbezirkes.

Die feindliche Auspähung arbeitet mit allen Mitteln unausgesetzt in unserer Heimat. Sie bedient sich harmloser Verkleidungen. Sogenannte „Neutrale“, hauptsächlich Frauen und Geschäftsreisende, stehen in großer Zahl unauffällig im Dienste des feindlichen Nachrichtendienstes. Sie belauschen, beispielsweise auf Straßen, Bahnhöfen, hauptsächlich in den Wandelhallen, in öffentlichen Lokalen, elektrischen Straßenbahnen, Gespräche unserer Soldaten und unserer Zivilbevölkerung. Besonderen Wert legt der feindliche Nachrichtendienst auf die Erlangung von Mitteilungen über Neuformationen, ihre Art, Stärke, Verteilung, Verladung, Transporteinrichtung usw.

Die berechnete Spionensucht der ersten Kriegszeit ist einer gefährlichen Sorglosigkeit gewichen. Aus Schwachhaftigkeit, Wichtigtuerei, Gedankenlosigkeit werden häufig unbekannte Personen durch Zufall in den Besitz wichtigster, militärischer Geheimnisse, von denen der Sprecher aus irgend einer Quelle Kenntnis hat, gebracht. Unsere Soldaten müssen solche Sorglosigkeit mit Strömen ihres kostbaren Blutes bezahlen. Es liegt auf der Hand, daß die Ueberraschung des Feindes den Erfolg erleichtert und sichert, daß der Wegfall der Ueberraschung den Sieg erschwert, wenn nicht ausschließt. Unbedachtes Gerede kann den Feind vorbereiten.

Wiederholt und dringend wird deshalb darauf hingewiesen, daß es die heilige Pflicht eines jeden Deutschen ist, sei er Soldat oder Zivilist, Mann oder Frau, jedes Gespräch über militärische oder damit zusammenhängende Dinge an öffentlichen Orten zu unterlassen, auch wenn es unwahrscheinlich zu sein scheint, und bei brieflichen Mitteilungen die größte Vorsicht zu üben.

Verletzung dieser Schweigepflicht ist Vaterlandsverrat!

Danzig, den 27. Januar 1917.  
Der kommandierende General.  
Wagner,  
Generalkommandant.

Aufgaben, daß ihrer Zertrümmerung Einhalt geboten werden mußte. Ueber den Kampf der Danziger Opposition in der Partei könne nicht alles gesagt werden, weil die herrschenden Verhältnisse das nicht zuließen. Recht unerfreulich sei aber dieser Kampf meist gewesen. Das schmutzige verlogene Flugblatt, von dem man dem Vorstand nicht einmal ein Blatt gegeben habe, sei ein Beweis dafür. Die Mehrheit habe hier niemand vergewaltigt. Trotzdem habe sie sich vor den schwersten Vorwürfen nicht schützen können. Auch jetzt solle durch die Zustimmung des Parteiausschusses die Meinungsfreiheit in der Partei nicht eingeschränkt werden. Wer sich aber zum Kampf gegen die Partei organisiert habe, könne nicht zugleich ihrer Organisation angehören. Große Aufgaben ständen der Partei nach dem Kriege in jeder Hinsicht bevor. Eine uneinige oder zertrümmerte Partei sei die schwerste Verurteilung gegen die Arbeiter. Die Danziger Parteimehrheit stehe genau wie früher zu den Grundsätzen des Sozialismus und der Demokratie. Sie stände unerschütterlich ohne Illusionen für das Proletariat. Gerade deshalb müsse entschieden werden, ob die Sozialdemokratie in geschlossener Front kämpfen wolle oder ob es organisierte Einzelkämpfer geben solle. Deshalb erlaube er die nachfolgende vom Vorstand und dem Bezirksvorstande beschlossene Resolution anzunehmen:

„Die am 5. Februar tagende Generalversammlung des Sozialdemokratischen Vereines Danzig-Stadt erklärt sich mit den Beschlüssen des Parteiausschusses einverstanden. Die Genossen, die sich mit den Beschlüssen der Reichskonferenz der oppositionellen Gruppen solidarisch erklären, können nicht gleichzeitig Mitglieder der Sozialdemokratischen Partei sein oder bleiben. Das eine schließt das andere aus.“

Ohne Weiterzweck wurde die Redezeit für die Diskussion auf 5 Minuten beschränkt. Während des Vortrages waren von Minderheitsparteilern die unfreundlichsten Zwischenrufe gemacht worden. Von persönlich verletzenden Ausfällen sehen wir ganz ab. In der Debatte sprachen drei Vertreter der Minderheit und zwei Genossen der Mehrheit. Besonders fiel auf, daß von der Minderheit auch nicht das geringste Bedauern über die Spaltung der Partei ausgesprochen wurde. Nicht das geringste Verständnis für die Motive und den Willen von Genossen, mit denen doch auch mancher auf der Minderheitsseite jahrzehntelang gemeinsam gekämpft hat, kam zum Ausdruck. Mit Genehmigung wurden dagegen in verletzender Sprache Unterstellungen und Beschuldigungen ausgesprochen, für die jeder Beweis einfügig unmöglich ist. Als ein Genosse der Mehrheit zu sprechen begann, schloß es sogar, als ob ihm durch gemeinsame unverständliche Rufe der Minderheit das Sprechen unmöglich gemacht werden sollte. Auch Genosse Bartel betonte in der Debatte, daß durch die Zustimmung zur Resolution Gehl niemand von der Partei getrennt werde, der sich nicht selber der Sonderorganisation anschließen wolle. Ein Genosse der Minderheit, der in sachlichen Formen sprach, wiederholte sogar — trotz der Ablehnung der letzten Steuern durch die Sozialdemokratie — die Behauptung, daß die Partei jede Steuer bewilligen müsse, weil sie für die Kredite gestimmt habe. Im Schlußwort ging Gehl kurz auf die unrichtigen Behauptungen der Minderheitsredner ein. Er bedauerte, daß von diesen so gar kein Wert auf die Erhaltung der Einheit gelegt werde und betonte, daß wir uns in Danzig am allerwenigsten einen Parteistreit leisten könnten. Von der Mehrheit war folgende von Henke verfaßte und geschriebene Resolution vorgelegt:

„Parteiausschuss und Parteivorstand haben sich nicht gescheut, allen Bestimmungen des Organisationsstatuts der Partei zuwider, für die Vergewaltigung der Opposition das Signal zu geben.“

Macht geht ihnen vor Recht!  
Unter dem heuchlerischen Vorwand, die Einheit und Aktionsfähigkeit der Partei erhalten zu wollen, treten sie die Grundgesetze der Demokratie mit Füßen.

Erstes Grundgesetz der Demokratie ist der Schutz der Minderheiten. Mehr wie in Friedenszeiten mußte es gerade während des Krieges mit seinen Ausnahmeverhältnissen für das Recht der freien Meinungsäußerung in Presse und Versammlungen beachtet und befolgt werden. Denn nie war es schwieriger, einwandfrei festzustellen, hinter welchen Auffassungen Mehrheit oder Minderheit stehen.

Schamloser ist aber nie jenes Grundgesetz mißachtet und verhöhnt worden, als durch die Vertreter der sogenannten Mehrheitspolitik. Da ist es freilich heilige Pflicht aller Genossen und Genossinnen, zu befolgen, was der Parteivorstand in seinem Aufruf fordert: „Es muß Farbe bekannt werden!“

Die Versammlung tut das, indem sie sich nach Anhörung eines Vertreters der Mehrheit und Minderheit auf den Boden der Beschlüsse der Konferenz vom 7. Januar stellt.“

Unterzeichnet war diese Erklärung mit dem Namen des Danziger Minderheitsvertreters Bosh. Sieht man von der unwahrscheinlichen Sprache ab, so verrät die Erklärung in ihrem Schlußsatz, daß sie etwas vorzeitig siegeszuversichtlich abgefaßt worden ist. Es scheint, als ob die siegesreichere Minderheit nach Gehl nur Henke sprechen lassen wollte, um dann ganze Arbeit zu machen. Auch ist bemerkenswert, daß man zu den Beschlüssen der Konferenz vom 7. Januar verpflichtet wollte, die man bisher, soweit sie die Organisation betreffen, bestritten hat.

Eine besondere Debatte über diese Resolution folgte nicht. Ohne Beschränkung wurde die Debatte geschlossen, weil sich niemand zum Wort meldete. Die Abstimmung hatte das Ergebnis, daß 109 Genossen für und 52 gegen die Resolution Gehl stimmten. Damit war diese mit großer Mehrheit angenommen und die Resolution Henke-Bosh erledigt. Mit Beifall nahm die große Mehrheit der Versammlung das Abstimmungsergebnis auf. Damit schloß diese für die Danziger Parteibewegung bedeutungsvolle Versammlung.

Sie war polizeilich durch Kommissar Föhr und einen Schutzmann überwacht.

### Die Pflicht der Genossen.

Für die treu zur Sozialdemokratie und der Einheit der Partei stehenden Genossen und Genossinnen ergeben sich aus dem Beschluß dieser Versammlung Verpflichtungen ernstlicher und anhaltender Mitarbeit. So sehr wir auch hoffen, daß möglichst viele Genossen, die bisher zur Minderheit neigten, dem Ernst der Stunde folgend, die organisatorische Absplitterung nicht mitmachen werden, so wissen wir doch, welche Kräfte dagegen wirken. Wir machen uns in diesem Augenblick keine Illusionen über den Kampf, den die Führer der Minderheit gegen die geschlossen gebliebene Partei führen werden. Schon bisher haben sie keinen anderen Feind als ihre bisherigen Genossen gekannt. Deshalb muß nun jeder zur Partei stehende Genosse mit ganzer Kraft und regem Eifer für die Erhaltung und den Aufbau der politischen Partei und der Parteipresse mitwirken. Unter den vielen Erschwerungen, die der grauame Krieg verursacht, wird das nicht immer leicht sein. Trotzdem muß diese notwendige Arbeit geleistet werden. Im Interesse der Genossen, die im Schützengraben für Deutschlands Sicherung kämpfen und für die Zukunft der Arbeiterbewegung ist es unbedingt notwendig, gegen Feindschaftslosigkeit hinzu, wie die Dinge liegen, nur in treuer Solidarität geübte Arbeit. Das Pflichtbewußtsein der Genossen wird auch am ehesten diejenigen zur Einsicht bekehren, die noch die Möglichkeit haben, vom falschen Wege in den erprobten Bund der Bestimmungsgenossen zurückzukehren. Die Arbeit für Partei und Presse fordert jetzt besondere Kräfte; werbt daher unablässig Mitglieder für den Sozialdemokratischen Verein und Abonnenten für die Volkswacht.

Freie dramatische Vereinigung. **Groß. Theater-Abend.** **Voranzeige.** **Der Arbeiter-Gesang-Verein**  
am Sonntag, d. 11. Febr., abds. 5 Uhr in der „Ohrbahn“ Ohra. **Instrumental- u. Vokal-Konzert**  
Näheres siehe Programm. Eintritt Abendklasse: Erwachsene 60 Pf., Kinder 25 Pf.  
am Sonntag den 26. Februar 1917 in den Räumen des Herrn Mathesius, Ohra, ein Instrumental- u. Vokal-Konzert mit gutem, künstlerischem Programm

**Eine öffentliche liberale Versammlung**

wurde am 2. Februar im Danziger Hof unter starker Beteiligung abgehalten. Den Vortrag hielt der fortschrittliche Reichstagsabgeordnete Weinhausen. Er beschäftigte sich lediglich mit den Verhältnissen der Kriegslage. Fragen innerpolitischer Art, die damit nicht unmittelbar in Beziehung stehen, berührte er nicht. So hätte man auch nichts von den Wünschen der hiesigen Liberalen und ihres Abgeordneten zur Aenderung des preussischen Wahlrechts. Bei früherer Gelegenheit hat Weinhausen die von dem Verfahren anderer Großstädte erheblich abweichende Danziger Fürsorge für die Angehörigen der Kriegserweiterten gestützt. Diesmal überließ er sich auch dazu nicht. Die Versammlung nahm schließlich eine Resolution an, die ihr Einverständnis mit dem verschärften U-Bootkrieg und den übrigen Kriegsmassnahmen ausdrückt.

**Wärmehallen**

sind leider in Danzig eine noch immer unbekannte Erscheinung. Auch die zum härtesten Frost steigende Kälte der letzten Wochen hat städtische Wärmehallen hier nicht entstehen lassen. Bei dem ersten Kohlenmangel, der gerade bei dem stärksten Frost eintrat, hätte diese Hilfe nicht unterlassen werden dürfen. Wir konnten längst mitteilen, daß die Stadt Thorn für Heimarbeiter und Mütter mit Kindern Wärmestuben zur Verfügung gestellt hat. Leider hat man dort für die Benutzung 5 Pfg. erhoben. Wegen dieser Abgabe wendete sich die Kommune an die Provinz mit dem sehr richtigen Einwand, daß dadurch den Armen die Benutzung unmöglich gemacht würde. In westlichen Großstädten hat man die Wärmehallen denn auch so eingerichtet, daß sie ganz ohne Entgelt benutzt werden dürfen. Hamburg hat mindestens zehn Turnhallen der Volksschulen als Wärmehallen zur Verfügung gestellt und sie von 8 Uhr morgens bis 9 Uhr abends unentgeltlich geöffnet. Ebenso sorgt die Stadt Altona dafür, daß die Kälte nicht neben dem Kriege noch schwere Opfer fordern kann. Auch dort werden die Turnhallen der Bevölkerung unentgeltlich gut gewärmt zur Verfügung gestellt. Auch in Danzig gibt es eine ganze Anzahl von Turnhallen, leider sind sie hier aber nicht so verwendet, wie es jene und andere Städte getan haben.

**Der Bezug von Kohlen**

wird immer schwieriger. Besonders für diejenigen Verbraucher, die nicht dauernde Kunden eines Händlers sind. Wer zu einem Händler kommt, um eine Bestellung zu machen, erhält häufig den Bescheid, daß eine ganze Menge Bestellungen zuerst erledigt werden müssen. Beim Kaufe anderer Waren ist mit diesem Mißstand schon längst aufgeräumt. Es müßte daher auch beim Bezug von Kohlen dafür gesorgt werden, daß die vorhandenen Mengen möglichst gleichmäßig verteilt werden. Die Bevorzugung alter Kunden ist bei der herrschenden Kohlenknappheit ganz unangebracht. Es geht nicht, daß sie etwa ihre Keller vorzüglich füllen und kleinere Leute ohne ein Stück Kohle kriegen. Der sich einen Zentner Kohlen vor den Höfen kriechend erheben müssen. Das Kriegswucheramt in Berlin hat sich in einer öffentlichen Warnung an die Kohlenhändler gegen die Bevorzugung alter Kunden gewendet und mitgeteilt, daß es darin ein strafbares Zurückhalten der Vorräte sieht. Auch hier sollte dafür gesorgt werden, daß die Auffüllung privater Väter jetzt nicht erlischt.

**Unterdrückung amtlicher Gelder**

und Urkundensichtung wurde dem früheren Bahnhofsvorsteher Oppelt aus Barth aus dem Vorwurf gemacht, der sich am 1. Februar vor dem Schwurgericht zu verantworten hatte. Der Beschuldigte war vom 1. Oktober 1907 als Stationsvorsteher in Barth tätig. Er soll in 103 Fällen amtliche Gelder im Gesamtbetrag von 14 190 Mark unterschlagen haben und

auch eine Urkundensichtung begangen haben. Der Angeklagte entschuldigte sich damit, daß er bei dem geringen Gehalt von zunächst jährlich 1800 Mark bei freier Wohnung mit seiner zahlreichen Familie nicht auskommen konnte. Auch die spätere Steigerung auf 2400 Mark gewährte ihm bei seinen sechs Kindern im Alter von 2 bis 16 Jahren nicht das genügende Auskommen. Er habe daher Schulden machen müssen und sei durch seine Gläubiger bedrängt worden. Daher habe er die Straftaten unternommen. Die Urkundensichtung ist in der Weise geschehen, daß U. den Fehlbetrag bei Revisionen durch eine falsche Quittung verdeckte, nach der er angeblich einen größeren Betrag an die Danziger Hauptkasse abgeführt hatte. Erst bei einer im Oktober 1916 vorgenommenen Revision wurde diese Täuschung und damit die gefälschten Verrechnungen entdeckt. Der Angeklagte war vor Gericht im vollen Umfang geständig. Auf Zeugen wurde daher verzichtet und nur ein Eisenbahndirektor und ein Rechnungsrevisor als Sachverständiger vernommen. Die Schilderung seines Schicksals wurde dem Angeklagten auch vor den Geschworenen geblieben. Sie billigten ihm mißerbende Umstände zu. Von dieser Rücksicht ließ sich auch das Gericht leiten. Der Staatsanwalt beantragte vier Jahre Gefängnis. Das Gericht erkannte aber nur auf zwei Jahre, sprach aber die sofortige Verhaftung aus. Die ernststen Betrachtungen, zu denen dieser Prozeß veranlassen muß, erkennt jeder Leser schon aus dieser knappen Darstellung. Nichts wäre bringender zu wünschen, als daß der Verurteilte nicht in die Enge gekommen wäre, die so endete.

**Die Affäre des Hochschulrentanten Both**

beschäftigte am 7. Februar die hiesige Strafkammer in einer Verhandlung, die den ganzen Tag in Anspruch nahm. Die Ehefrau des bereits zu 6 Jahren Zuchthaus verurteilten Both war der Beihilfe zu den Unterschlagungen angeklagt. Seit Mai 1916 hat sie deshalb in Untersuchungshaft gesessen. Both hat beträchtlich Gelder der Hochschule im Betrage von über 470 000 Mark veruntreut. Er gab auch jetzt als Zeuge an, daß er für sich nur 70 000 Mark verbraucht, der übrige Teil sei ihm gestohlen worden. Nach längeren Verhandlungen beantragte der Staatsanwalt gegen Frau B. 1 1/2 Jahre Gefängnis. Das Gericht folgte jedoch dem Antrage des Verteidigers auf Freisprechung und verfügte die sofortige Entlassung aus der Haft. Das Gericht war der Ueberzeugung, daß die Frau von den Unterschlagungen ihres Mannes nichts wußte und im übrigen bei ihren erheblichen Ausgaben im guten Glauben handelte.

**Polternde Ausfälle.**

Die Danziger Reuesten Nachrichten gaben sich vor dem Kriege gern den Anschein würdiger Unparteilichkeit. Ähnlich scheinen sie neuerdings auch den Burgfrieden betätigen zu wollen. Wenigstens gibt davon ein in Form und Inhalt gleich bezeichnender Artikel vom 8. Februar über „Die Frage der Kriegsschädigung“ einen ausschweifenden Vorgeschmack. Er wendet sich gegen die Friedensbemühungen des Genossen Scheidemann. Einseitiges Winkelblick jetzt für unangemessen halten würde. Einseitig wird behauptet, daß Scheidemann für einen Frieden agitiere, der uns weder Zuwachs an Gebiet noch an Kriegsschädigung geben solle. Es solle alles so bleiben, wie es vor dem Kriege war und jedes Land seine Kriegskosten allein tragen. Seine tiefgründige Kritik gegen diese Wünsche löst das Blatt so zusammen, daß es behauptet: „Seine — Scheidemanns — guten Wünsche nähern sich der Grenze, wo die Dummheit aufhört und der Landesverrat anfängt“. Es sucht dann Scheidemann unter Uebernahme von Ausführungen des — französischen Heftblattes „Echo de Paris“ wegen der Kriegsschädigung zu widerlegen und jagt zum Schluß, daß „wäh-

rend des ganzen Krieges in Deutschland kein leichtfertigeres und gemeingefährlicheres Wort gesprochen worden ist, daß sich gegen die Lebensinteressen des deutschen Volkes richtet, als der Satz des sozialdemokratischen Herrn Scheidemann: Alles soll nach dem Kriege so bleiben, wie es vorher war und jedes Volk soll seine Lasten allein tragen.“ — Wir sind nicht so töricht, die ernste politische Friedensarbeit des Genossen Scheidemann gegen die auf Wunden französischer Kriegshelden gestützten Anrempfungen der Reuesten Nachrichten verteidigen zu wollen. Schon die perlächerlichen Ausfälle erledigen die Weisheit des Blattes und kennzeichnen die dahinter stehenden Absichten.

**Beschlagnahme, Bestandserhebung und Enteignung von Bierglasbedeln und Bierkrugbedeln aus Zinn und freiwillige Ablieferung von anderen Zinngegenständen.**

Die am 1. Oktober 1916 unter obiger Ueberschrift in Kraft getretene Bekanntmachung M. 1/10. 16. K. R. A. ist am 8. Februar 1917 unter Nr. M. 1/2. 17. K. R. A. in einer Neufassung erschienen. Hiernach sind die Bestimmungen der Bekanntmachung außer auf alle Brauerei-, Gastwirtschafts- und Schankbetriebe, Vereine und Gesellschaften, Kaffee- und Kantinen, welche die von der Bekanntmachung betroffenen Gegenstände in Besitz oder Gewahrsam haben, ausgedehnt auch auf Handlungen, Läden und Installationsgeschäfte, Fabriken und Privatpersonen, ausgenommen Althändler, welche die im § 2 der Bekanntmachung genannten Gegenstände zum Zwecke des Verkaufs im Besitz oder Gewahrsam haben. Die Gegenstände, auf welche sich die Bestimmungen der Bekanntmachung, insbesondere also Meldepflicht, Beschlagnahme, Enteignung und Ablieferung beziehen, sind: sämtliche aus reinem Zinn oder aus Legierungen mit einem Zinngehalt von 75 Prozent und mehr bestehende Deckel von Biergläsern und Bierkrügen einschließlich der dazu gehörigen Scharniere.

Für eine große Reihe von anderen Gegenständen ist eine freiwillige Ablieferung vorgehoben. Der Kreis dieser freiwillig abzulefernden Gegenstände ist in der vorliegenden Neufassung erheblich erweitert. Gegenstände, welche bereits als Utmateriale an Händler, Handlungen usw. abgegeben waren und den Bestimmungen der Bekanntmachung M. 1/4. 15. K. R. A. unterliegen, dürfen von den Sammelstellen nicht angenommen werden. Mit der Durchführung der Bekanntmachung sind wiederum die Kommunalverbände beauftragt, welche auch die Ausführungsbestimmungen zu erlassen haben. Ueber die Einzelheiten, auch über die Uebernahmepreise, sowohl bei den vorgeschriebenen wie bei den freiwilligen Ablieferungen, gibt der Wortlaut der Bekanntmachung Auskunft, die in den Amts- und Kreisblättern, sowie durch öffentliche Anschläge einzusehen ist. Besonders wird nochmals auf die Möglichkeit zur freiwilligen Ablieferung aller Arten von Zinngegenständen hingewiesen, von der im vaterländischen Interesse ein möglichst ausgedehnter Gebrauch gemacht werden sollte.

Die vorstehenden Ausführungen gelten nicht für Bayern, wo besondere Bestimmungen ergehen.

**Literatur**

— G. Freytags Karte der Monarchie. 1:350 000, mit Nebentafel: Umgebung von Götz mit dem Kartgebiet 1:150 000, Preis bei vorheriger Einzahlung des Betrages 70 Pf. Verlag G. Freytag & Berndt, Wien VII, Schottenfeldgasse 82 (Robert Friele, Leipzig, Seeburgstr. 90)

**Hierzu eine Beilage.**

Verantwortlicher Redakteur H. Bartel, Danzig. Verlag Volkswacht J. Gehl u. Co., Danzig. Druck Königsberger Volkszeitung, G. m. b. H. Königsberg 1. Br.

**APOLLO-THEATER**  
III. Stamm 3  
Spielplan vom 10. bis 13. Februar 1917  
**Zu spät** Die verliebte Köchin  
Sensationsdrama in 3 Akten Humoristisch  
**Familie Hertenstein** Eiko-Kriegswoche  
Lustspiel in 2 Akten Aktuell  
**Die beiden Höhenfels** Heinrich Senfentrich  
Sensationsdrama in 3 Akten der Fliegentäter  
Komödie  
**Detektiv Duck** Diverse Einlagen  
Humoreske  
Sonntag und Sonntag nachmittag Jugendvorstellung  
Ab 14. bis 16. Februar 1917 gelangt das große Meisterwerk mit dem berühmten Schauspieler Direktor Theodor Burgarth  
**Ein Ausgestoßener I. Teil**  
Sensationsdrama in 4 Akten zur Verführung  
Anschließend das wunder- **Wer hebt den Stiel?**  
volle Drama  
1 Akte. Ich möchte nicht verfehlen, auf obige 2 erstklassige  
Stückchen mit dem gebräugelten Reizeprogramm empfehlend auf-  
merksam zu machen. Mittwoch u. Sonntag Programmwechsel.

**Patente, Erfindungsideen** arbeitet aus u. erwartet  
A. W. Weim. Zoppit, 56a Strasse 25, II.

**Wochenplan des Danziger Stadttheaters.**  
Montag, den 12. Februar 7. Uhr: „Gabriel Schilling“  
Mischer, Drama von Gebhart Hauptmann.  
Dienstag, den 13. Februar 7. Uhr: „Fidelio“, von Beethoven.  
Mittwoch, den 14. Februar 7. Uhr: „Der Waisenkönig“,  
Drama von Bergson.  
Donnerstag, den 15. Februar abends 7. Uhr: „Der Revisor“,  
Komödie von Gogol. Besondere Uebersetzung von Schabrowski.  
Freitag, den 16. Februar abends 7. Uhr: „Carmen“, von Bizet.  
Samstag, den 17. Februar abends 7. Uhr: „Rohale und  
Sieber“, von Schiller.  
Sonntag, den 18. Februar abends 7. Uhr: „Könige“, Scher-  
ke von Hans Krüger.

M. 15. — bis M. 20. — können Sie wöchentlich verdienen.  
Strebende Personen finden dauernd angenehme Arbeit im Hause.  
22. Verlangen Sie postfrei und kostenlos Auskunft von uns  
Stempelpapierfabrik Waterkradt & Co., Hamburg 36, Albrechtshof.

Echt  
getrocknetes **Schnupftabak** offe-  
garant. rein. ziert  
**Julius Gosda,** Rohstabakgroßhandlung  
und Schnupftabakfabrik,  
Danzig, Ecke Häfergasse 3 u. 2. Priefertgasse 5. Fernspr. 2426

**Das Recht**  
während  
des Krieges  
und des Gesetz über den  
Vaterländischen  
Hilfsdienst ::  
Preis 40 Pfennig  
Ein Buch, das Auskunft  
gibt über Familienunter-  
stützung, Wöchnerinnen-  
unterstützung, Kaufver-  
träge, Miets-, bzahlungs-  
geschäfte, Arbeitsver-  
träge, Familienrecht, Ar-  
beiterversicherung, An-  
gestellten-Versicherung,  
Zahlungsfristen u. v. a.  
Fragen, die das Recht-  
verhältnis betreffen  
**Buchhandlung**  
**Volkswacht**  
Danzig  
Paradiesgasse 32

**Gutmilchende Ziege**  
ist in Odra nur an einen dort  
wohnenden Käufer abzugeben.  
Offerten unter B 20 an die Ge-  
schäftsstelle. 25  
**Zentral-  
Bibliothek**  
Danzig  
I. Stamm 7. (Eing. Häferg.)  
ca. 2000 Bände  
Geöffnet Mittwoch 7-8 Uhr  
Sonntag abends 8-8 Uhr  
Alle Sammlungen  
und Parteinoten  
zur unentgeltlichen  
Benutzung auf das  
wärmste empfohlen  
Die Bibliotheksverwaltung

**Vaterländischer Hilfsdienst.**  
Aufforderung des Kriegsamts zur freiwilligen Meldung ge-  
mäß § 7 Absatz 2 des Gesetzes für den Vaterländischen Hilfsdienst.  
Es werden gebraucht:  
Mit der Buchführung vertraute jüngere  
Kaufleute, Heizer, Müller, Bäcker, Fleischer,  
Kammerarbeiter und Wächter  
Meldung bei der Kommandantur, Neugarten 7, Zimmer 12.  
**Kriegsamtsstelle Danzig.**

**Bekanntmachung.**  
Nr. M. 1/2. 17. K. R. A. Bst. Nr. 472 g.  
Eine Neufassung der Bekanntmachung Nr. M. 1/10. 16. K. R. A.  
betreffend Beschlagnahme, Bestandserhebung und Enteignung von  
Bierglasbedeln und Bierkrugbedeln aus Zinn und freiwillige Ab-  
lieferung von anderen Zinngegenständen tritt unter Nr. M. 1/2. 17.  
K. R. A. am 8. Februar 1917 in Kraft.  
Die Verordnung, mit deren Ausführung die Kommunal-  
verbände beauftragt sind, ist im vollen Wortlaut in den Amts- und  
Kreisblättern sowie durch öffentliche Anschläge bekannt gemacht  
worden.  
Danzig, Graudenz, Thorn, Culm, Marienburg,  
den 8. Februar 1917.  
**Stabsretendes Generalkommando XVII. Armeeo: ps.**  
Der kommandierende General.  
Die Gouverneure der Festungen Graudenz und Thorn.  
Die Kommandanten der Festungen Danzig, Culm und Marienburg.

**Trauer-  
Hüte**  
in  
reicher  
Auswahl  
**Julius  
Goldstein**  
bilden  
Handschuhe  
zu billigsten  
Preisen.  
Lauenberggasse 4, gegenüber der Markthalle